

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 88

JULI 1991

50 Pfennig

## Nationalistischer Krieg und Konterrevolution zerreißen Jugoslawien

# Viertes Reich will den Balkan wieder beherrschen



In Split greifen kroatische Nationalisten einen Soldaten an. Kräfte der kapitalistischen Restauration reißen Jugoslawien auseinander

Das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens, schon lange vorhergesagt und schon lange vorbereitet, hat begonnen. Ende Juni erklärten die wohlhabenderen nördlichsten Republiken, Slowenien und Kroatien — traditionell römisch-katholisch und mehr westlich ausgerichtet —, ihre Unabhängigkeit. Dies führte zu tagelangen scharfen Kämpfen zwischen slowenischen Milizen und der jugoslawischen Bundesarmee. Eine Feuerpause und der Abzug der Bundesarmee aus Slowenien kann die Machtprobe höchstens für ein paar Monate verschieben. Inzwischen greifen die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den kroatischen Behörden und aufständischen serbischen Bevölkerungsgruppen um sich, die zu Recht um ihre Existenz fürchten unter dem rechtsgerichteten nationalistischen Regime in Kroatiens Hauptstadt Zagreb.

Die westlichen Imperialisten haben in den letzten 15 Jahren Jugoslawien ökonomisch ausgeblutet; jetzt benutzen und manipulieren sie die Kräfte des lokalen Nationalismus im Dienste der kapitalistischen Konterrevolution. Der kroatische nationalistische Führer Franjo Tudjman reiste nach Bonn, wo er um „die Entsendung einer Frie-

denstruppe“ ansuchte; die serbische Zeitung *Politika* verglich dies mit dem Empfang des Ustascha-Führers Ante Pavelic durch Hitler im Zweiten Weltkrieg in Berlin. Besonders das deutsche Vierte Reich giert nach der Herrschaft über den Balkan, indem es für die Abspaltung Sloweniens und Kroatiens eintritt. Gleichzeitig schreibt die Pariser *Le Monde* (4. Juli): „Nachdem Deutschland seine Einheit und Souveränität wiedererlangt hat, ist es heute entschlossen, ohne Komplexe eine wichtige Rolle in einer Region zu spielen, zu der es immer enge Beziehungen unterhalten hat.“ Und der *Manchester Guardian Weekly* (14. Juli) hatte die Überschrift „Phantom des Vierten Reichs“.

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wird jetzt von den gleichen Kräften zerrissen, die im Zweiten Weltkrieg von Titos kommunistischen Partisanen besiegt wurden — den brudermörderischen Nationalisten

Kroatiens und Serbiens und ihren imperialistischen Paten. Der prowestliche jugoslawische Liberale Aleksa Djilas (Sohn des ex-kommunistischen Dissidenten Milovan Djilas) schrieb vor kurzem:

„Der gleichzeitige Feldzug der Partisanen gegen Besatzer, Kollaborateure und kroatische, serbische sowie andere nationalistische Extremisten machte es den Kommunisten nach dem Krieg möglich, als die einzige einigende Kraft zu erscheinen und sogar von vielen Nicht-Kommunisten Unterstützung zu bekommen. Ihr föderales System nach dem Krieg war ein unumkehrbarer Schritt hin zur nationalen Gleichheit zwischen den Nationen, die Jugoslawien bilden.“ (*The Contested Country: Yugoslav Unity and Communist Revolution, 1919–1953* [Das umkämpfte Land: jugoslawische Einheit und kommunistische Revolution, 1919–1953], 1991)

Leider war er *nicht* unumkehrbar. Die Jugoslawische Revolution war von Anfang an durch den Stalinismus deformiert. Und jetzt, wo die Generation der Partisanen

Fortgesetzt auf Seite 3

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Gegen den Kahlschlag von Kohl/SPD/Treuhand:

## Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei

Vor einem Jahr besiegelte die Währungsunion die kapitalistische Konterrevolution. Die rachsüchtigen Imperialisten in Bonn ramnten eine feindliche Übernahme des deformierten Arbeiterstaats durch, und das Vierte Reich rückte an die polnische Grenze vor. Die Arbeiterklasse, ohne eine revolutionäre Führung, blieb passiv und war

### Ein Jahr kapitalistische Konterrevolution

so zu einer historischen Niederlage verurteilt. Die Treuhand feierte den ersten Jahrestag des Sieges des deutschen Kapitals über die Arbeiter mit dem Befehl, eine weitere halbe Million Industriearbeiter im DDR-Gebiet auf die Straße zu werfen.

Heute geht es um die Existenz des ostdeutschen Proletariats, und die Arbeiter wehren sich verzweifelt bei dem Versuch, ihr Überleben irgendwie zu sichern. Vor dem 1. Juli brodelte es im ganzen Osten. Zehntausende Arbeiter streikten gegen den „Großflugtag“ und besetzten mehrere Betriebe. Am 5. Juli bestreikten Reichsbahn-Lokführer Fernzüge und öffentliche Nahverkehrszüge, aber nur für zwei Stunden. Am selben Tag demonstrierten Zehntausende Metaller. In Rostock, wo am 30. Juni bei der Neptun-Werft das letzte Schiff vom Stapel lief, gingen 10 000 Arbeiter auf die Straße und mauerten die Tür der Treuhand-Niederlassung zu.

Im Westen gingen seit Ende Juni Bergarbeiter sowie Werftarbeiter an der ganzen norddeutschen Küste wiederholt auf die Straße gegen das FDP/CDU/SPD-Streichtrio. Bergleute bewarfen Möllemann mit Eiern, trugen am 12. Juli einen „Möllemann“-Sarg durch Düsseldorf und verbrannten in Bergkamen seine Puppe. Olympia-Arbeiter demonstrierten vor Daimler in Wilhelmshaven gegen drohende Massenentlassungen.

Doch statt die reale Möglichkeit zu Massenstreiks in Ost und West Ende Juni zu nutzen, sind diese spontan auflodernden Kämpfe vereinzelt geblieben und liefen sich einfach tot. Warum? Weil die SPD/DGB-Bürokraten an der Spitze die Gewerkschaften in Ost und West im Wür-

gegriff haben und dazu benutzen, die Arbeiter zu disziplinieren und der Kohl/Treuhand-Bande unterzuordnen.

Nach nur zwei Stunden hatten die Bürokraten den Warnstreik der Lokführer praktisch ohne Ergebnis ausverkauft und abgeblasen. Bei Metall und ÖTV haben sie die Kämpfe gegen die Zerstörung ganzer Industriezweige aufs Abstellgleis gelenkt und in ein Gerangel mit der Treuhand über illusorische „Beschäftigungsgesellschaften“ (BGs) und „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ (ABMs) umgebogen. So spalten sie die Arbeiter bewußt und mobilisieren auf engstirnigster Basis nur *einen Teil* derjenigen, die noch arbeiten. SPD-„Spezialisten“ bezeichnen die „BGs“ unverblümt als „Taschenspielererei“. Für einige wenige Arbeiter gibt es ein paar Monate lang „Beschäftigung“ zum Niedrigstlohn (z. B. als Wohngeldabrechner) und dann – die Straße. Statt zuzulassen, daß Jugendliche, Ältere, „Überqualifizierte“ und Frauen gefeuert werden, würde eine revolutionäre Führung sie aktiv in den Kampf einbeziehen.

Heute gibt es im niedergehenden Imperialismus objektiv keinen Raum für ernsthafte und dauerhafte Reformen. Bei den defensiven Kämpfen in Deutschland heute geht es um die historischen Interessen von Millionen Arbeitern. Wie Trotzki sagte: Die Krise der Menschheit ist die Krise der revolutionären Führung, die die Macht der organisierten Arbeiterbewegung entfesseln würde.

Deshalb kämpft die SpAD dafür, die bewußtesten Kämpfer für unser revolutionäres Programm zu gewinnen. Wir kämpfen dafür, eine Arbeiterpartei in der Tradition der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki aufzubauen, eine Partei, die als Volkstribun alle Unterdrückten vereinen und zukünftige Kämpfe unter dem proletarischen Banner zum Siege führen kann. Obwohl die Arbeiter im Osten schwere Schläge einstecken, haben die Arbeiter im Westen keine Niederlage im Kampf erlitten. Sie besitzen eine enorme soziale Macht, die die Kollegen im Osten zu erneuten Kämpfen mitziehen kann.

Nach dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes

*Fortgesetzt auf Seite 18*

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endrueweit,  
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),  
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,  
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,  
Fred Zierenberg

VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH

Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79

Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift

Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde

Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 0173-7430

Nr. 88

Juli 1991

## SPARTAKIST

### Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,-  
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Einführungssabo (5 Ausgaben): DM 3,-

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Sp 88

### Bestellt bei:

Postfach 51 06 55  
1000 Berlin 51

Konto 119 88-601

Postgiro Frankfurt/Main  
BLZ 500 100 60

# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

## Bericht von der Filmfabrik Wolfen Job-Killer Treuhand schlägt zu – Wehrt Euch!

Am 9. Juli kam der IG-Chemie-Vorsitzende und Mitglied der Treuhand Rappe still und heimlich zur Filmfabrik Wolfen. Dort versuchte er, die Chemie-Vertrauensleute dafür zu gewinnen, ORWO-Arbeiter während der von Rappe inszenierten Stilllegung ihres Betriebes ruhig zu halten, während über 10 000 der 11 000 Arbeiter fliegen sollen. Der SPD-Gewerkschaftsbürokrat und seine Kumpel im ORWO-Betrügersrat sorgen sich, weil die Arbeiter ihnen den ABM-Schwindel nicht abkaufen, mit dem angeblich 2500 Arbeiter vorübergehend während der Demontage des Betriebes „beschäftigt“ werden – bis sie vollends auf der Straße sitzen. Im Gegenteil, sehr viele Arbeiter haben das Programm der Spartakisten zur Bekämpfung der Massenentlassungen und Betriebsschließungen offensichtlich ernstgenommen und überlegen, wie man ORWO besetzen und den Kampf zu anderen Chemie-Betrieben ausbreiten kann.

Am gleichen Tag verteilten wir 2500 Offene Briefe an die Arbeiter mit der Überschrift „Job-Killer Treuhand schlägt zu – Wehrt Euch!“, und 164 Filmfabrik-Arbeiter kauften *Spartakist* Nr. 87 vor dem Betriebstor. Die Hälfte waren Frauen, die unter den ersten Opfern der Massenentlassungen sind (insgesamt wurden schon mehr als 300 Exemplare dieser Ausgabe in Wolfen verkauft). Mehrmals haben wir gehört: „Eigentlich habt ihr recht“, und: „Es sind handfeste Sachen drin“.

Wie wir in unserem Offenen Brief feststellten: „Der Betriebsrat will die Sorge und die Wut der Arbeiter kanalisieren in die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd und in einen Haß auf die Sowjetunion, als Ablenkung von den wirklichen Feinden.“ Weil die Spartakisten die Wahrheit sagen, griff ein tollwütiger Herr Krause vom Betriebsrat sogar *Spartakist*-Verkäufer tätlich an und renkte einem Genossen den Arm aus. Und jetzt ist der Betriebsrat sogar zur Polizei der Bosse gerannt, um Anklage gegen uns zu erheben. Doch Provo-

kation und Einschüchterung wird die Arbeiter nicht daran hindern, unsere Zeitung zu lesen und sich mit dem Programm der Spartakisten für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich auseinanderzusetzen.

Bei der Filmfabrik fehlt nur ein Funke, um eine Besetzung zu entfachen. Das wissen auch Breuels Kammerdiener wie Krause im Betriebsrat. In der *Monitor*-Fernsehsendung über den Eifer der Treuhand, die Riesenfabrik zum Diskont-Preis an zwielichtige Gestalten zu verkaufen, konnte man *Spartakist* in der Mappe des Betriebsrats sehen. Die *Mitteldeutsche Zeitung* vom 11. Juli druckte eine Meldung aus dem Betriebsrat, die „die Versuche der Spartakist-Arbeiterpartei“ angriff, „einen Keil zwischen die gewählten Interessenvertreter und die Belegschaft zu treiben und Betriebsratsmitglieder als ‚Schläger im Interesse der Treuhand‘ zu diffamieren“. Doch während die Blauen Briefe vorbereitet werden, wird es für die Arbeiter immer offensichtlicher, daß die sozialdemokratischen Arbeitverräter die katastrophale Zerstörung des Chemie-Dreiecks durchdrücken wollen, wogegen die Spartakisten mit den Arbeitern kämpfen: Schmeißt die Betrüger raus! Wählt Streikkomitees, jetzt! Wie wir im Offenen Brief schrieben, „denkt daran, daß Wolfen nicht allein steht. Die Chemiearbeiter in Bitterfeld, Buna und Leuna sind auch die Zielscheibe bei diesem Versuch, das ganze Gebiet zu verwüsten.“ Besetzt die Betriebe und weitet den Kampf auf MIBRAG, Bitterfeld, Leuna und Buna aus!

Die Zeit ist sehr knapp. Tausende Arbeiter kennen das Spartakist-Programm; viele geben uns recht. Trefft euch deshalb jetzt mit uns, um zu diskutieren, wie wir uns wehren können und wie wir die revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen können, die wir brauchen, um unsere Existenz zu verteidigen. Der Offene Brief an die Arbeiter der Filmfabrik Wolfen kann über die Redaktionsadresse bestellt werden. ■

## Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 1

dahingeht und die titoistische Bürokratie zerfällt, sind die Kräfte des brudermörderischen Nationalismus mit aller Macht zurückgekehrt.

Kroatiens neuer Führer Franjo Tudjman, ein ehemaliger General und Geschichtsprofessor, ist ein berühmter Apologet für das kroatische faschistische Ustascha-Regime während des Krieges, das unter dem Schutz der Nazi-Wehrmacht Hunderttausende von Serben, Juden und Roma getötet hat. Serbische Irreguläre, die jetzt gegen Tudjmans Polizisten kämpfen, nennen sich „Tschetniks“, nach den serbischen monarchistischen Freischärlern, die kroatische Dorfbewohner niedergemetzelt und die kommunistischen Partisanen überfallen haben.

Nur der Aufbau einer wirklich kommunistischen Partei kann die neue Welle von völkermörderischen Massakern abwehren, die wieder einmal die Völker Jugoslawiens bedrohen.

Seit ein paar Monaten befindet sich Kroatien in einem schwelenden Bürgerkrieg, der immer wieder zwi-

schen bewaffneten serbischen Bevölkerungsgruppen und dem nationalistischen Regime Zagrebs aufflammt. Die Serben in der Republik stellen 10 Prozent der Bevölkerung und sind in der Region Krajina die Mehrheit. Serbiens starker Mann Slobodan Milosevic – einst stalinistischer Parteiboss, der zum nationalistischen Demagogen wurde – verlangt, daß diese Region ein Teil Großserbiens werde, wenn Kroatien sich von Jugoslawien abspaltet. Und Milosevic hat heimlich mit dem kroatischen Führer Tudjman darüber verhandelt, die Grenzen neu zu ziehen und unter anderem Bosnien-Herzegowina mit seiner überwiegend moslemischen Bevölkerung aufzuteilen.

Als slowenische Milizen die Grenzposten übernahmen, die jugoslawische Fahne herunterrissen und ihre eigene hißten, schickte die Armee Panzer und gepanzerte Mannschaftstransportwagen, um die Kontrolle über die internationalen Grenzen zurückzuerobern. In diesem Augenblick traten die europäischen Bourgeoisien auf den Plan, um als die Herren über Jugoslawiens Schicksal zu wirken. Am 30. Juni verkündete eine Delegation der EG ein Waffenstillstandsabkommen. Slowenien und Kroatien

Fortgesetzt auf Seite 4

## Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 3

sollten die Ausführung ihrer Unabhängigkeitserklärungen für drei Monate aufschieben, gleichzeitig würden die Einheiten der Bundesarmee in ihre Kasernen zurückkehren. Der Stabschef der Armee, Blagoje Adzic, der 1942 zusehen mußte, wie seine ganze Familie von der Ustascha massakriert wurde, erklärte: „Wir werden diesen Krieg zu Ende führen.“ Doch inzwischen hat sich die Armee aus Slowenien zurückgezogen.

Jeder behauptet, für eine friedliche Lösung zu sein, und jeder weiß, das Auseinanderbrechen Jugoslawiens wird eine sehr blutige Angelegenheit sein. Westliche Politiker und die bürgerlichen Medien beklagen jetzt das Wiederaufleben von „primitivem“ Nationalismus auf dem Balkan. Aber die Konterrevolution in Jugoslawien und in ganz Osteuropa wird dirigiert von den ach so zivilisierten Männern der Wall Street und in Washington, Brüssel und Frankfurt.

### Westlicher Imperialismus und Konterrevolution in Jugoslawien

Da die ständig wechselnde kollektive Präsidentschaft gelähmt ist, blieb als Leitfigur nur der Ministerpräsident Ante Markovic von der Zentralregierung übrig. Seit Markovic Anfang 1989 das Amt antrat, ist er für die westlichen Banker der Hauptagent im blutenden Jugoslawien gewesen. Die Industrieproduktion ist in den letzten 18 Monaten um 30 Prozent gefallen, über ein Viertel der 20 000 Betriebe des Landes sind zahlungsunfähig, die Arbeiter sind seit Wochen nicht bezahlt worden, und 20 Prozent der Arbeiterschaft sind arbeitslos. Bei jeder Unterstützung bei der Bevölkerung im eigenen Land besteht die gesamte politische Strategie von Markovic darin, die westlichen Mächte davon zu überzeugen, daß sie Jugoslawien als Ganzes in eine Neokolonie der EG verwandeln. Markovic ist genauso erpicht auf die Restauration des Kapitalismus wie die Sezessionisten in Ljubljana und Zagreb.

Vor ein paar Monaten sprachen die Generäle, die im Bund der Kommunisten — Bewegung für Jugoslawien organisiert sind, immer noch davon, Jugoslawien als eine „sozialistische Gesellschaft“ zu erhalten. Doch inzwischen scheint ein entscheidender Teil der militärischen Führung bereit zu sein, das Land in einen Vasallen des Imperialismus zu verwandeln, solange es ein einheitlicher Staat bleibt.

Die Hauptsorge der westlichen Herrscher besteht jedoch nicht einfach darin, daß eine Balkanisierung schlecht fürs Geschäft ist. Sie besteht darin, daß der Zerfall Jugoslawiens zu einer Welle ethnischer Blutfreden und nationalistischer Grenzkriege in Osteuropa führen wird. Bulgarien und Griechenland erheben schon lange Ansprüche auf Makedonien. Das neue, rechtsgerichtete Regime in Albanien könnte durchaus in Kosovo intervenieren, wo die albanische Mehrheit von Serbien brutal unterdrückt wird. Ein Grenzkrieg zwischen Serbien und Kroatien über Krajina könnte den ähnlichen Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien über Transsylvanien wieder entfachen. Und die Abspaltung von Slowenien und Kroatien wird die slowakischen Separatisten in der Tschechoslowakei kräftig ermutigen. (Die Slowakei von Monsignore Tiso war im Zweiten Weltkrieg wie das Ustascha-Kroatien ein klerikal-faschistischer Marionettenstaat Nazi-Deutschlands.)

Im Land der Südslawen leben die verschiedenen Völker überhaupt nicht in geographisch zusammenhängenden Gebieten, sondern vielmehr stark miteinander vermischt, wobei es noch dazu viele Ehen zwischen ihnen

gibt. Nationale Abspaltung und kapitalistische Restauration werden dort eine blutige Angelegenheit sein. Zweifellos wird man die wichtigsten Auswirkungen von Jugoslawiens Zerfall in der multinationalen Sowjetunion spüren, wo die baltischen Nationalisten bis zum Siedepunkt angeheizt werden. Dies käme zu einem Zeitpunkt, der die amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten in Verlegenheit brächte; denn Gorbatschow hat gerade einen wichtigen Schritt hin zur völligen Restauration des Kapitalismus getan. Ein neues Gesetz erlaubt es, daß die sowjetische Industrie an Privatgesellschaften verkauft wird, auch und gerade an ausländische Unternehmen.

Westliche Finanzleute und Industrielle würden gern eine geordnete Restauration des Kapitalismus in Osteuropa sehen. Aber die Kräfte der Konterrevolution, die von der Ostsee bis zur Adria auf dem Vormarsch sind, sind untrennbar verbunden mit brudermörderischem Nationalismus. Und die Konterrevolution in Osteuropa hat auch den Konkurrenzkampf zwischen den Imperialisten verschärft, der darum geht, wer diesen halben Kontinent beherrschen und ausbeuten wird.

### Deutsches Viertes Reich giert nach der Herrschaft über den Balkan

Die westeuropäischen Bourgeoisien stürzten sich auf die Jugoslawien-Krise, um sich gegenüber Washington zu behaupten. Ein paar Tage, nachdem Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, zerbrach Deutschland die Einheitsfront der westlichen Diplomatie, die für den Erhalt Jugoslawiens war. Kanzler Helmut Kohl erklärte, die Präsenz der jugoslawischen Bundesarmee in Slowenien und Kroatien sei „völlig unannehmbar“. Außenminister Hans-Dietrich Genscher erklärte, wenn es nach ihm ginge, würde die EG die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anerkennen. Und Volker Rühle, Generalsekretär der regierenden Christdemokraten, rief dazu auf, „das Selbstbestimmungsrecht von Slowenien und Kroatien anzuerkennen“. Diese Forderung wird von Norbert Gansel, dem Sprecher der oppositionellen Sozialdemokraten, sogar noch lauter hinaustrompetet.

Die neuentdeckte Begeisterung der deutschen Herrscher für „Selbstbestimmung“ in Osteuropa hat natürlich ihre westeuropäischen Partner wie Spanien aufgeregt, die starke unterdrückte nationale Minderheiten haben, die nach Unabhängigkeit verlangen. Wenn die Kroaten sie haben, warum nicht die Basken und die Korsen? Es ist obszön, wenn Kohl & Co. über die „Rechte von Minderheiten“ predigen, während supraausgebeutete türkische und jugoslawische „Gastarbeiter“ in Deutschland wie Dreck behandelt werden und von Neonazi-Terroristen überfallen werden, deren Markenzeichen der großdeutsche nationalistische Wiedervereinigungswahn ist. Wenn Kohl, Genscher und die Sozialdemokraten das Wort „Selbstbestimmung“ in den Mund nehmen, dann ist es nur eine Formel für ein neues von Deutschland beherrschtes Reich in Osteuropa.

In Deutschland war die nationalistische sozialdemokratische Linke der Vorreiter für eine vom Vierten Reich beherrschte Pax Europa in Jugoslawien. Die SPD griff die Kohl-Regierung dafür an, daß sie nicht stärker und früher für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens interveniert hat. Der ehemalige „Trotzkist“ und inzwischen zum großdeutschen „Außenpolitik“-Redakteur der *Frankfurter Rundschau* gewandelte Karl Grobe greift in einem passend betitelten Kommentar „Es geht ums Ganze“ (*FR*, 28. Juni) Washington und die EG als Breschnewisten an, weil sie die separatistischen Bewegungen in Jugoslawien und in der Sowjetunion nicht aggressiv genug unterstützen.

Genauso attackierte der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi im Bundestag den „Schlingerkurs“ Bonns und tönnte, der legale Nachfolgestaat des Dritten Reichs habe in Jugoslawien nicht genug „zur Beruhigung der Situation beigetragen“ (*Neues Deutschland*, 4. Juli). Am 20. Juni forderte *ND* gar in lyrischen Worten: „Zum anderen sollten die Deutschen ihren Einfluß geltend machen, um die zarten Pflanzen der neuen europäischen Institutionen zum Blühen zu bringen.“ Am nächsten Tag erklärte ein weiterer *ND*-Kommentar, daß die KSZE nicht nur die Konflikte in Jugoslawien, der Sowjetunion oder Zypern lösen sollte, sondern „auch das Kurdenproblem in der Türkei.“ Im Klartext: Die D-Mark-dominierte Festung Europa als Startrampe zur Weltpolitik. Aber die schwarz-rot-goldene PDS-Fahne mit Taube statt Reichsadler löste sich bald in Rauch auf. Das *ND* vom 8. Juli mußte zugeben, daß ein Dr. Ernst Friedrich Jung zum neuen KSZE-Exekutivsekretär bestellt worden ist, der für seine Verteidigung der Nazi-Richter berüchtigt ist. Bei einem Prozeß gegen einen antifaschistischen Historiker erklärte er, ein Beamter sei „weder zum Widerstand noch auch nur zum sofortigen Widerspruch gegen geplanten Massenmord verpflichtet“.

Die ehemalige Habsburger Reichshauptstadt Wien spielte von Anfang an eine Vorreiterrolle bei der Unterstützung Sloweniens und Kroatiens. Doch dies war nicht genug für die österreichischen Günstlinge Ernest Mandels, die Sozialistische Alternative, die fordert: „Anerkennung von Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten durch die österreichische Bundesregierung.“ Schamlosigkeit ist noch eine Untertreibung, um diese Helfershelfer von Waldheim zu beschreiben. Gleichzeitig werden im südlichen Kärnten, dessen Landeshauptmann (jetzt stellvertretender Landeshauptmann) Jörg Haider international Schlagzeilen machte mit seiner Lobpreisung der „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs“, Vereine gegründet, die Slowenien „heim ins Reich“ holen wollen. Ihre Kontinuität im Balkan ist verkörpert in dem österreichischen Bundespräsidenten und Nazi-Kriegsverbrecher Kurt Waldheim, der als Stabsabwehroffizier der Wehrmacht in Zusammenarbeit mit Ustascha-Kräften verantwortlich war für die blutige Ausrottung Zehntausender jugoslawischer Partisanen.

Die Herren von den Frankfurter Banken und den Fabriken an der Ruhr glauben, daß sie mit der Wiedervereinigung letztes Jahr die Niederlage des Dritten Reichs im Zweiten Weltkrieg rückgängig gemacht haben. In Jugoslawien wollen sie Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg rückgängig machen. Ein Mitglied der christdemokratischen „Untersuchungs“kommission, die vor kurzem nach Ljubljana und Zagreb. (in deutschen Zeitungen Laibach und Agram genannt!) fuhr, war Otto von Habsburg, der 78jährige Sohn des letzten Kaisers von Österreich-Ungarn!

Vor 1914 waren Slowenien und Kroatien Provinzen des morschen Habsburger-Reichs, das der untergeordnete Partner des Zweiten Deutschen Reichs war. Serbien, damals eine unabhängige Monarchie, erhob Anspruch auf die Gebiete des Balkans, über die Habsburg herrschte, und schaute auf das zaristische Rußland als seine Schutz-Großmacht. Es war das Attentat auf den österreichischen Thronerben, offenbar durch einen serbischen Nationalisten in Bosnien, das den ersten imperialistischen Weltkrieg auslöste.

Nach Deutschlands Niederlage wurde Jugoslawien von den siegreichen Westmächten unter der Herrschaft der serbischen Monarchie gegründet. In der Zeit zwischen den Weltkriegen war das Jugoslawien von König Alexander ein Satellitenstaat von Frankreich und Britannien. Als Reak-

tion darauf baten die kroatischen Nationalisten der Ustascha das faschistische Italien und später Nazi-Deutschland um Unterstützung; sie wurden an die Macht gebracht, als Hitlers Wehrmacht 1941 den Balkan überrannte.

Der Sieg der Sowjetunion über Nazi-Deutschland und der Kampf der kommunistischen Partisanen legten die Grundlage für den Wiederaufbau Jugoslawiens als eine vergesellschaftete Wirtschaft auf einer wirklich föderalen Basis. Da Tito durch eine Revolution an die Macht gekommen war, die von breiten Massen getragen wurde, war er in der Lage, mit Stalin 1948 zu brechen und Jugoslawien als einen „unabhängigen“ „national-kommunistischen“ Staat zu regieren, wobei er zwischen Washington und Moskau einen Zickzack-Kurs verfolgte.

### Nur Kommunismus kann mörderischen Nationalismus besiegen

Es war jedoch unmöglich, den Sozialismus in einem relativ rückständigen Balkanland aufzubauen. Wirtschaftlich wurde der bürokratisch deformierte jugoslawische Arbeiterstaat stark abhängig vom Export seiner überschüssigen Arbeitskräfte ins kapitalistische Europa, besonders nach Westdeutschland. Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 traf die jugoslawische Wirtschaft besonders hart. Wie andere osteuropäische stalinistische Regime reagierte Tito damit, daß er sein Land an die Bankiers von Wall Street und Frankfurt verpfändete. Da die jugoslawische Wirtschaft durch die Schuldendienste ausgezehrt wurde, wuchsen die Kräfte des nationalistischen Revanchismus schnell an.

Die Grundlage der Jugoslawischen Revolution von 1941–1945 lag, trotz ihrer stalinistischen Deformation, in dem gesamten vorherigen Kampf der Kommunisten gegen Nationalismus, besonders gegen den damals mächtigen serbischen Nationalismus.

Vor anderthalb Jahrzehnten schrieben wir:

„Jetzt sind sogar die großen Errungenschaften der Jugoslawischen Revolution selbst — der Sturz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die Überwindung der blutigen nationalistischen Konflikte, die das bürgerliche Jugoslawien plagten — dadurch bedroht, daß die Bürokratie (zum größten Teil gegen ihren eigenen Willen) zentrifugale Kräfte fördert. Die Bedingungen kommen zusammen für einen blutigen Bürgerkrieg in Jugoslawien; und dieser wird vielleicht, angesichts der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen, in die Form eines Kampfes für ‚nationale Befreiung‘ gehüllt. Dies ist das Erbe des Titoismus, des Stalinismus ‚mit menschlichem Antlitz‘. Es ist ein Erbe, das die arbeitenden Massen überwinden müssen durch den Aufbau einer trotzkistischen Avantgardepartei, die in der Lage ist, eine proletarische politische Revolution zum Sturz der Tito-Bürokratie durchzuführen und dadurch die Bedingungen zu schaffen für die internationale Ausweitung der Revolution.“ („Die nationale Frage in Jugoslawien“, *Workers Vanguard* Nr. 110, 21. Mai 1975)

Heute sind die Völker von Jugoslawien und ganz Osteuropa konfrontiert mit rücksichtsloser Unterdrückung und Ausbeutung von seiten der wieder auflebenden bürgerlich-nationalistischen Kräfte, die vom amerikanischen und westeuropäischen Imperialismus manipuliert werden. Nur eine Rückkehr zum proletarischen Internationalismus, zu den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki, kann die Arbeiter und Bauern Osteuropas — vom Balkan bis zum Baltikum — vor einer neuen Welle von kommunalistischen Massakern und nationalistischen Kriegen bewahren.

Nach *Workers Vanguard* Nr. 531, 19. Juli

# 17. Juni 1953: Ansatz zur proletarisch-politischen Revolution

*Nachfolgend drucken wir in gekürzter Fassung und leicht überarbeitet das Referat ab, das Reinhard Hartwig, SpAD-Bundestagskandidat in Halle und Mitglied des Zentralkomitees der SpAD, im Juni auf Veranstaltungen in Leipzig, Halle, Berlin und Hamburg gehalten hat.*

Jahrelang wurde den Arbeitern in der DDR eingepflegt, daß am 17. Juni 1953 ein konterrevolutionärer Putschversuch stattfand. So bezeichnet das Zentralkomitee der SED auf seiner 14. Tagung am 21. Juni 1953 den Arbeiteraufstand in der DDR als „faschistische Provokation“, für die „westliche Agentenzentralen“ verantwortlich gemacht werden. Die westdeutsche Bourgeoisie und die SPD machten den 17. Juni sogar zum Wahrzeichen ihres Revanchismus, zu einem Feiertag des deutschen Imperialismus, an dem er jahrzehntelang unverhohlen seine Besitzansprüche auf seine im Zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete zum Ausdruck brachte. Wir Trotzisten sagen aber, der 17. Juni 1953 war ein Aufstand der Arbeiter der DDR gegen die stalinistische Bürokratie, ein Aufstand für ein rotes Rätedeutschland, für die revolutionäre Einheit des deutschen Proletariats. Es war kein prokapitalistischer „Volksaufstand“ am Tag „X“, sondern eine fast ausschließlich von Arbeitern der DDR getragene Rebellion in Berlin und anderen Industriegebieten der DDR gegen die stalinistische Bürokratie.

Anfang 1945 befreite die sowjetische Armee große Teile Osteuropas und auch Ostdeutschland vom Hitler-Faschismus. Aber diese Armee war nicht mehr die Rote Armee von Lenin und Trotzki. Sie war als bewaffneter Arm der stalinistischen Kreml-Bürokratie gekommen, mit dem ausschließlichen Ziel, ihre Grenzen mit Pufferzonen im Vorfeld gegen ein zweites „Unternehmen Barbarossa“ zu sichern. Die einzige wirksame Methode zur Verteidigung der Sowjetunion wäre die Ausweitung der Revolution auf ganz Europa gewesen. Es war ein Verbrechen der Stalinisten, daß mit ihrer Konzeption des „Sozialismus in einem Land“ der Kapitalismus in Westeuropa wieder aufgebaut wurde. So beteiligten sich die Kommunisten in Frankreich und Italien an den kapitalistischen



Edition Deutschland Archiv

**17. Juni 1953: Ostberliner Arbeiter in Westberlin. DDR-Arbeiter forderten: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus“**

Regierungen und verrieten die damaligen Kämpfe der Arbeiter um die Macht, indem sie diese an die Kapitalisten übergaben. Gleichzeitig wurden in der Sowjetischen Besatzungszone alle spontan entstandenen antifaschistischen Komitees und Ansätze von Arbeiterräten durch die Ulbricht-Gruppe aufgelöst und durch stalinistische Administrationen ersetzt.

Der durch die Rede Churchills in Fulton, USA [März 1946] eingeleitete Kalte Krieg und die aktive antisowjetische Politik des US-Imperialismus zwang die stalinistische Kreml-Bürokratie in den osteuropäischen Ländern zur Durchführung einer Revolution von oben. An der Spitze dieser Staaten stand keine bürgerliche Partei, sondern eine bürokratische Kaste, welche ihre Machtpositionen gegen die Arbeiterklasse verteidigen mußte. Nachdem 1952 Stalins Angebot der Wiedervereinigung auf „neutraler“ Grundlage an Adenauers Vorhaben der Westintegration Deutschlands gescheitert war, wurde der „Aufbau des Sozialismus“ mit allen Mitteln vorangetrieben. Dementsprechend stellte die 2. Parteikonferenz der SED [Juli 1952] fest, daß „die politischen und ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen ... soweit entwickelt seien, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden“ sei.

Gleichzeitig wurde der Aufbau bewaffneter Streitkräfte, die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft und eine noch schnellere Entwicklung der Schwerindustrie beschlossen. 1953 war die SED-Bürokratie mit für sie unlösbaren Problemen konfrontiert. Die großangelegte amerikanische Marshallplan-Hilfe und die dadurch weitaus besseren Startbedingungen in der BRD, einschließlich des höheren Lebensstandards, hatten neben einer verfehlten Politik (z. B. die Zwangskollektivierung) eine massive Fluchtbewegung Hunderttausender Arbeitskräfte zur Folge. Zwar hatte sich die ökonomische Lage der Arbeiter in den Nachkriegsjahren nach den ersten Erfolgen ständig verbessert, blieb aber spürbar hinter der im Westen zurück. Eine willkürlich geplante Schwerindustrie und eine Finanzkrise machten den Fünfjahrplan

**Sie wollten nicht Adenauer, sondern eine Metallarbeiterregierung**

unerreichbar. Dies alles führte dazu, daß sich die Lage der Arbeiter weiter verschlechterte.

### Auftakt zum 17. Juni

In dieser Situation entschloß sich die stalinistische Bürokratie zu äußersten Maßnahmen. So wurden die Preise für Zucker, Wurstwaren usw. in den HO-Läden drastisch erhöht, und nicht in der Produktion Tätige (Rechtsanwälte, Selbständige u. a.) erhielten ab dem ersten Mai keine Lebensmittelkarten. Der Nutzen dieser Maßnahmen war aber gering. Bereits im April/Mai gab es in einigen Betrieben die ersten Streiks gegen die schlechte Versorgung und die Normerhöhungen. So z. B. in Eisleben die Schlackensteinhersteller, im VEB Fimag Finsterwalde, im VEB Elektromaschinen Finsterwalde, im EAW Treptow, Nagma KMS und anderen. In den meisten Fällen wurden die Arbeiter, welche in den Streikkomitees tätig waren, verhaftet.

Der Tod Stalins im März hatte die sowjetische Regierung (wie auch alle anderen stalinistischen Regierungen) in eine Krise der Ungewißheit gestürzt. Die neue Parteführung in Moskau riet ihren deutschen Genossen, den harten Kurs zu mildern, da die Sowjetunion nicht in der Lage war zu helfen. Doch Ulbricht und seine Parteigänger setzten sich darüber hinweg und verschärften die administrativen Maßnahmen. So beschloß das ZK der SED am 14. Mai 1953 eine Resolution gegen destruktive Aktivitäten „der bürgerlichen Elemente und des ganzen aufrührerischen Packs von Trotzlisten, Zionisten, Freimaurern, Verrätern und moralisch verkommenen Individuen“ mit der Aufforderung an den Ministerrat, die Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent zu erhöhen.

Dementsprechend veröffentlichte die Regierung der DDR am 28. Mai 1953 ein Dekret, mit dem die Produktionsnormen um 10 Prozent erhöht wurden. Dieses Dekret stieß bei vielen Arbeitern auf heftigen Widerstand. So berichtete z. B. am 29. Mai 1953 das SED-Organ *Freiheit* des Bezirkes Halle von einer bereits am 16. April durchgeführten Vollversammlung der Arbeiter der Zeitz-Fabriken, wo die Arbeiter einen wahren Aufstand gegen die geplanten Normerhöhungen entfachten. Ein Arbeiter brachte die Stimmung der Arbeiter auf den Punkt: „Genossen, was sich heute bei uns abspielt, ist für einen Arbeiter eine Schande. 70 Jahre nach dem Tod von Karl Marx müssen wir noch über die elementarsten Lebensbedürfnisse diskutieren. Wenn Karl Marx das hören würde, würde er sich im Grabe umdrehen.“

Die Kreml-Bürokratie verfolgte den harten Kurs der SED-Bürokratie mit Sorge. Semjonow, seit Ende Mai 1953 Chef der sowjetischen Hohen Kommission in Berlin, erstattete in Moskau Bericht und kam mit der Nachricht zurück, daß erstens keine Hilfe aus der Sowjetunion zu erwarten ist, die angesichts der Ausblutung des Landes durch den Faschismus selbst Probleme hatte, die Bevölkerung zu ernähren. Zweitens sollte die Politik des „Neuen Kurses“ die Linie Ulbrichts vom „verschärften Klassenkampf“ ersetzen.

Dem Druck der Kreml-Bürokratie nachgebend, beschloß das Politbüro der SED am 9. Juni ein Kommuniké, demzufolge „in nächster Zeit ... eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt wird, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern.“

Nach der typischen Zick-Zack-Methode der stalinistischen Führung sollten jetzt Abstriche am Schwerindustrialsierungsprogramm zugunsten der Förderung der Konsumgüterproduktion vorgenommen werden. Gleichzeitig wurden Zugeständnisse gegenüber den Bauern, den

Handwerkern, der Intelligenz und den Mittelschichten gemacht. Allen wurden Zugeständnisse gemacht, nur den Arbeitern nicht; die Normerhöhungen wurden beibehalten. Während bei den anderen Gesellschaftsschichten die Lebensbedingungen verbessert wurden, wurden die der Arbeiter weiter verschlechtert. Stefan Heym gibt in seinem Roman *Fünf Tage im Juni* die Stimmung der Arbeiter treffend wieder:

„Alles ist nur ein Irrtum gewesen, erfahre ich, und wir haben den neuen Kurs, und jeder kriegt sein Geschenkchen, die Bauern ihre Höfe, die Ladenbesitzer ihre Lebensmittelkarten, für jeden ist was da – nur nicht für den Arbeiter, dem werden die Normen noch erhöht...“

Bereits am 8. Juni 1953 hatten Arbeiter des Blocks 40 der Stalinallee (zum überwiegenden Teil SED-Mitglieder) eine Resolution abgefaßt und „an den Präsidenten unserer Regierung, Genosse Otto Grotewohl, und an den Generalsekretär unserer Partei, Genosse Walter Ulbricht“ gerichtet. Diese Petition wird nicht beantwortet. Im Gegenteil: am 10. Juni treten die neuen Normen in Kraft. Bereits an diesem Tag kommt es zu Streiks, so z. B. in Hennigsdorf. Am 15. Juni kommt es auf der Baustelle Friedrichshain zu einem Teilstreik. Am Morgen des 16. Juni 1953 spricht man auf allen Baustellen der Stalinallee von diesem Streik.

Die Bauarbeiter aus Friedrichshain beschließen, eine Delegation zu Otto Grotewohl und Walter Ulbricht zu schicken, um über die Normerhöhungen und die damit verbundenen Lohneinbußen zu verhandeln. 300 Bauarbeiter des Blocks 40 der Stalinallee brechen ebenfalls auf, um ihre Kollegen zu unterstützen. Zunächst marschierten sie zu anderen Baustellen im Umkreis, um die Kollegen dort für die Demonstration zu gewinnen. Beträchtlich angewachsen, zog der Demonstrationzug zum FDGB-Haus. Zweck dieser Demonstration war zu diesem Zeitpunkt die Rücknahme der Normerhöhungen.

Bald waren es 2000 demonstrierende Arbeiter, bald 6000. Als der Demonstrationzug vor dem Regierungssitz ankam, forderten sie Grotewohl und Ulbricht auf zu sprechen. Doch die SED-Führung war paralysiert. Von der Regierung hatte einzig Industrieminister Selbmann den Mut, vor die Arbeiter hinzutreten. „Du bist kein Arbeiter, sieh dich doch an!“, „Wir wollen Ulbricht und Grotewohl!“, „Nicht ihr, wir sind die wahren Kommunisten“, riefen ihm jedoch die Arbeiter entgegen.

Im Gegensatz zur Solidarność 1981 kämpften die Arbeiter in der DDR für den Sozialismus, wie auch die Arbeiter 1956 in Ungarn und Polen. In Ungarn zeigte sich 1956 noch deutlicher, daß die stalinistische Bürokratie in einem deformierten Arbeiterstaat eine parasitäre Kaste und keine herrschende Klasse ist. Im Herbst gab es in Ungarn Ansätze zu einer politisch-proletarischen Revolution gegen den Stalinismus. Es wurden Fabrikkomitees und Arbeiterräte gebildet. Die stalinistische Bürokratie brach zusammen, und führende Stalinisten gingen auf die Seite der Arbeiterklasse über. Wie zum Beispiel der Polizeichef von Budapest oder Pál Maléter, Kommunist und Oberst der ungarischen Streitkräfte, welcher die militärische Führung des Arbeiteraufstandes übernahm.

In der DDR gab es keine Zeit für die stalinistischen Bürokraten, sich zu entscheiden, auf welcher Seite sie stehen. Zwar gingen viele untere Parteifunktionäre und auch Volkspolizisten auf die Seite der Arbeiter über, es gibt aber kein Beispiel für einen höheren Funktionär, der dies tat. Bald schon blieben die demonstrierenden Arbeiter nicht bei den ökonomischen Forderungen stehen.

Fortgesetzt auf Seite 8

## 17. Juni 1953...

Fortsetzung von Seite 7

So forderten z. B. die Arbeiter vor dem Regierungssitz:

- Sofortige Senkung der Normen um 10 Prozent
- Sofortige Preissenkung für Grundnahrungsmittel und lebensnotwendige Gegenstände, die in der HO verkauft werden. Jene Führer, die schwere Fehler begangen haben, müssen gehen
- Die Partei und die Gewerkschaft muß demokratisiert werden
- Das Land muß durch freie und geheime Wahlen vereint werden, und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen muß gesichert werden.

Um 14.00 Uhr trat Minister Selbmann ein zweites Mal vor die demonstrierenden Arbeiter und gab die Rücknahme der Normerhöhungen bekannt. Kurz darauf marschierten die Arbeiter zurück zu ihren Arbeitsplätzen. Auf dem Rückmarsch trafen die Arbeiter auf Lautsprecherwagen. Dabei stellte sich heraus, daß die Normen noch nicht zurückgenommen waren, sondern das Politbüro dem Ministerrat dies nur vorgeschlagen hatte. Die Arbeiter waren verwirrt und empört. Sie besetzten einen der Lautsprecherwagen und wollten nun ihre Meinung äußern. Ein Sprecher rief die Arbeiter dazu auf, daß alle Arbeiter sich am kommenden Morgen am Strausberger Platz treffen sollten, und rief zum Generalstreik auf. Die Streiks und Demonstrationen am 16. Juni blieben weitgehend auf die Bauarbeiter und auf Ostberlin beschränkt. Aber die Nachricht von den Streiks und der Demonstration in Berlin breitete sich schnell in der gesamten DDR aus.

### Was geschah am 17. Juni 1953 wirklich?

Am Morgen des 17. Juni hatten sich die Arbeiter in fast allen Ostberliner Betrieben versammelt, Streikkomitees wurden gebildet. In der gesamten DDR gab es spontane Arbeiterversammlungen, Demonstrationen und Fabrikkomiteegründungen. 28 000 Arbeiter in den Leunawerken, 18 000 in Buna, 12 000 in Wolfen, 12 000 in Hennigsdorf und Arbeiter in Halle, Bitterfeld, Leipzig, Jena, Gera, Görlitz und Magdeburg beteiligten sich an den Streiks und Demonstrationen. Oftmals wurden die Demonstrationen abgehalten unter Absingen von traditionellen Arbeiterkampfliedern. In allen Industriestandorten kommt es zu Solidaritätsbewegungen, Streiks und Demonstrationen.

Der Demonstration in Berlin schlossen sich auch die Arbeiter aus Hennigsdorf und die Arbeiter der Reichsbahn-Bauunion in Velten an. 30 000 Arbeiter marschierten diszipliniert durch den Westteil von Berlin und riefen die Westberliner Arbeiter auf, sich den Streiks anzuschließen, unter der Losung „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“

Ein wichtiges Zentrum des Streiks außerhalb von Berlin war Leuna. Die Leuna-Arbeiter haben in ihrem Kampf eine große Tradition: Leuna war im Ersten Weltkrieg ein wichtiges Zentrum der Spartakusgruppe von Karl und Rosa und die Hochburg der jungen KPD. Die Märzkämpfe 1921 waren ein Höhepunkt im revolutionären Kampf der Leuna-Arbeiter. Während des Faschismus war Leuna eines der wichtigsten Zentren des antifaschistischen Widerstandskampfes. Als hier am 17. Juni der Streik ausbricht, geben die Arbeiter über den Werkfunk Anweisungen, wie der Streik zu organisieren ist. Eine Delegation von 1500 Arbeitern wird nach Berlin entsandt und überbringt den streikenden Berliner Arbeitern eine Grußbotschaft.

Auch in Wolfen wird der Werkfunk durch die strei-

kenden Arbeiter besetzt. Die Forderungen der 12 000 streikenden Arbeiter in Wolfen zeigen, daß es den Arbeitern nicht um eine Restauration des kapitalistischen Systems ging. Neben der Forderung nach Senkung der Normen und der Preise forderten sie zum Beispiel eine Neuwahl des Sekretariats der SED-Betriebsleitung. Kennzeichnend für alle Streiks ist, daß die Arbeiter diszipliniert und geschlossen aufmarschierten. Die Arbeiter demonstrierten diszipliniert unter der Führung der gewählten Streikkomitees meist von den Betrieben ins Stadttinnere, wo oftmals die Rathäuser und andere Dienststellen besetzt wurden.

Dies alles geschah meist in den Vormittagsstunden des 17. Juni. Aber bereits hier zeigte sich, daß den Arbeitern eine Führung fehlte. Nach den ersten Aktionen der Arbeiter zeigte sich eine gewisse Ratlosigkeit unter ihnen. Die Streikkomitees waren oftmals durch Arbeiter gebildet worden, welche zufällig in der Nähe der Tribünen oder der Mikrofone standen. Zum Aufruf zum Streik reichte es bei ihnen, doch um ihn zum Erfolg zu führen, fehlte ihnen ein klares Programm.

Versuche, die Streikkomitees auszuweiten und zu zentralisieren, waren spontan und unkoordiniert und eher eine Ausnahme. Es wurde kein Versuch unternommen, wichtige Knotenpunkte der Wirtschaft, Verwaltung und Kommunikation zu besetzen. Eine Ausnahme bildete Dresden, wo Arbeiter das Hauptpostamt stürmten.

Insgesamt wurde in 272 Städten der DDR gestreikt. Über 450 000 Arbeiter beteiligten sich an den Streiks am 17. Juni. In Berlin waren es 150 000, in Halle nahmen 70 000—80 000 an den Massendemonstrationen teil. Hier zeigte es sich bereits, daß die Demonstrationzüge nicht nur aus Arbeitern bestanden. Waren am Vormittag des 17. Juni hauptsächlich Arbeiter auf der Straße und verliefen die Demonstrationen in der Regel ruhig und diszipliniert, änderte sich dies nach den Mittagsstunden. Zu diesem Zeitpunkt beteiligten sich an den Demonstrationen zunehmend andere Kräfte, kleinbürgerliche Schichten, die Hoffnung schöpften für eine Rekapitalisierung, Jugendliche, aber auch reaktionäre Kräfte, die Morgenluft witterten. Diese sind die Hauptakteure in Berlin bei der Plünderung von Geschäften, Brandstiftungen und anderen Vandalenakten. Das wird auch dadurch unterstrichen, daß beim bewaffneten Vorgehen der Volkspolizei unter den 16 Getöteten 11 Bewohner Westberlins sind und nur einer zu den Streikenden zählte.

In den Vormittagsstunden hatten die Arbeiter nur die Entlassung bestimmter ihnen namentlich bekannter Kollegen und Mitarbeiter gefordert, die bei den vorhergehenden Streiks verhaftet werden waren — allenfalls die Entlassung aller politischen Gefangenen. Oftmals wurden im Zusammenwirken mit dem Gefängnispersonal die vorhandenen Unterlagen durchgegangen und nur die Kollegen befreit. Am Nachmittag änderte sich dies völlig. Aufgeputschte Demonstranten stürmten die Gefängnisse, und alle Gefangenen wurden freigelassen. Neben den Kriminellen wurden auch Faschisten befreit. So wie zum Beispiel in Halle die KZ-Aufseherin Dorn, die später wegen ihrer Verbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

### Es mangelte an revolutionärer Führung

Immer deutlicher zeichnete sich seit den Mittagsstunden des 17. Juni die fehlende Führung der Arbeiter ab. Nach den Großkundgebungen zogen die Arbeiter in den meisten Fällen zurück zu den Betrieben, wie zum Beispiel die 8000 Arbeiter aus Wolfen, die nach der Kundgebung in Bitterfeld diszipliniert nach Wolfen zurückmarschierten. Als gegen 14.00 Uhr in mehreren Städten



durch die sowjetischen Kommandeure der Ausnahmezustand bekanntgegeben wurde, waren vielerorts die Arbeiter bereits auf dem Rückmarsch in ihre Betriebe oder nach Hause. Das Eingreifen der Sowjetarmee war in vielen Fällen nicht die Wende, sondern der Schlußpunkt. Überwiegend kann man zeitgenössischen Berichten entnehmen, daß die sowjetischen Soldaten vorsichtig und zurückhaltend gewesen sind. Beispielsweise hatte in Halle die sowjetische Armee den Platz schon Stunden vor Ende der Kundgebung abgeriegelt. Trotzdem ließ sie die Teilnehmer der Kundgebung zu Zehntausenden auf dem Hallmarkt zusammenströmen und ihre Kundgebung abhalten; erst nach deren Ende wurde der Platz geräumt.

In den meisten Fällen wurde durch die Sowjetsoldaten in die Luft geschossen, wie auch außer in Berlin nirgends die Arbeiter oder andere Demonstranten Angriffe auf die Sowjetarmee initiierten. Immer deutlicher zeigte sich, daß es nach der Rücknahme der Normerhöhungen in den Demonstrationen keinen einigenden Willen mehr gab.

### Baut eine leninistische Partei auf!

Um den Aufstand siegreich gestalten zu können, bedurfte es einer revolutionären Partei, wie es die Bolschewiki 1917 waren. Am 17. Juni fehlte diese Führung mit ihrem revolutionären Programm, die in der Lage gewesen wäre, die Streikkomitees von Organen des Arbeiteraufstandes zu Organen der Staatsmacht zu machen und den stalinistischen Machtapparat zu zerschlagen und durch Organe der Arbeitermacht zu ersetzen. Arbeiterdemokratie, nicht bürgerlicher Parlamentarismus, sollte die Parteien umfassen, die sich, gewählt von Arbeitern, zur Verteidigung der sozialistischen Ordnung bekennen. In ihrem Programm hätte eine trotzkistische Partei gefordert:

- Für Gewerkschaften, unabhängig von bürokratischer Kontrolle, gestützt auf die Verteidigung der sozialistischen Eigentumsformen
- Für Streikrecht
- Für Arbeiterkontrolle über Produktion, Preise, Verteilung und Außenhandel
- Für eine internationale sozialistische Wirtschaftsplanung.

Zwar gab es viele Arbeiter, die auf die SPD setzten, was auch in den politischen Forderungen der Berliner Arbeiter zum Ausdruck kommt. Auch in Magdeburg hofften viele Arbeiter auf die SPD. Eine ihrer Losungen war zum Beispiel: „Wir verhandeln nicht mit Ulbricht und Adenauer, sondern nur mit Ollenhauer!“ (damaliger SPD-Vorsitzender). Diese Losung zeigte die Hoffnung der Arbeiter auf die Scheinpolitik der SPD gegen eine Westintegration der BRD. Noch deutlicher wird dies in der Forderung der Arbeiter:

„Man soll nicht mehr warten, bis die Bonner Regierung die Initiative zur wirklichen deutschen Wiedervereinigung ergreift. Die DDR-Regierung muß sofort beginnen, die Barrieren, die die beiden Deutschland voneinander trennen, niederzureißen. Das Land muß durch geheime, allgemeine und freie Wahlen vereinigt und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen gesichert werden.“

„Freie Wahlen in ganz Deutschland!“ war eine in den 50er Jahren beliebte Forderung der Sozialdemokraten, denn durch die bankrotte Politik des Stalinismus in der DDR konnte sie hier auf Unterstützung hoffen.

Es bestand 1953 eine reale Chance für eine revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands. Doch die SPD zeigte einmal mehr ihre konterrevolutionäre Politik. So würgte sie jegliche Bestrebungen der Westberliner Arbeiter ab, ihre Kollegen im Ostteil zu unterstützen und den

## Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni  
 Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes  
 In der Stalinallee Flugblätter verteilen  
 Auf denen zu lesen war, daß das Volk  
 Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe  
 Und es nur durch verdoppelte Arbeit  
 Zurückerobern könne. Wäre es da  
 Nicht doch einfacher, die Regierung  
 Löste das Volk auf und  
 Wählte ein anderes?

— Bertolt Brecht, Sommer 1953

Kampf für eine proletarische Revolution im Westen zu führen. Nach dem Motto: „Die objektiven Bedingungen sind noch nicht reif“, verhinderte sie, im Dienste des deutschen Kapitals stehend, ein Ausweiten der Kämpfe nach Westen. (Wie sich die Zeiten doch gleichen!) Doch um siegreich zu sein, mußte der Kampf nach Westen ausgeweitet werden.

Am 17. Juni 1953 erlitt die Arbeiterklasse eine politische Niederlage. Dennoch kam die stalinistische Bürokratie nicht umhin, auf den Aufstand einzugehen. So wurden nach dem 17. Juni hohe Parteifunktionäre in die Betriebe entsandt, mit der Aufgabe, die Arbeiter zu beruhigen. So zum Beispiel Ulbricht in den Leunawerken am 24. Juni und Grotewohl im Transformatorwerk in Berlin-Oberschöneweide. Auch wurden die Löhne der Arbeiter am 23. Juli erhöht, und die Preise für viele Produkte wurden gesenkt. Auch die Sowjetunion reagierte. Aus Angst vor weiteren Aufständen der Arbeiter war die stalinistische Bürokratie gezwungen, den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig wurde aber auch gegen die Parteimitglieder innerhalb der SED vorgegangen, die die Handlungen der Arbeiter befürworteten oder gar unterstützten. So wurde zum Beispiel der Justizminister der DDR, Max Fechner, seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen, weil er die Streiks der Arbeiter als deren verfassungsmäßiges Recht verteidigt und den streikenden Arbeitern Straffreiheit zugesichert hatte.

Im Geist des 17. Juni 1953 hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bzw. ihre Vorgängerin, die Trotzkistische Liga Deutschlands, gemeinsam mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), deren Sektion wir sind, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft. Als einzige Partei hat die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kompromißlos gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Als Hans Modrow die PDS in den deutsch-nationalen Taumel „Deutschland, einig Vaterland“ führte, waren wir die einzigen, die dagegen ankämpften. Für die Arbeiterklasse kann es nur ein Vaterland geben, und das kann nur ein sozialistisches sein.

Heute, wo alle sogenannten linken Parteien vor dem kapitalistischen Staat oder der konterrevolutionären SPD-Führung zu Kreuz kriechen, ist es dringender denn je, der Arbeiterklasse eine revolutionäre Perspektive zu geben. In der Tradition von Lenin und Trotzki, von Karl und Rosa kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für den Aufbau einer kommunistischen Partei, die den Arbeitern eine Führung im Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sieg des Sozialismus geben kann. ■

# Hexenjagd im Vierten Reich gegen DDR-Schriftsteller Warum sie Angst haben vor Christa Wolf

Von Marianne Clemens  
und Amy Rath

Mit einem Kesseltreiben haben die Kulturgeier einen antikommunistischen Rachefeldzug gegen die weltberühmte Schriftstellerin Christa Wolf geführt. Seit Juni 1990, als ihr Buch *Was bleibt* erschien, gab es einen Sturm von Rufmord und literarischer Diffamierung gegen sie. Wolfs Werke sind in 20 Sprachen übersetzt worden; in einem Land nach dem anderen (u.a. in Westdeutschland, wo ihre Werke seit Jahren eine breite Leserschaft haben und von den Kritikern gepriesen wurden) erhielt sie literarische Auszeichnungen und Preise mit großem Prestigewert, viele wollten sie für den Nobel-Preis vorschlagen. Und plötzlich, wenn es nach den Literaturpäpsten von Helmut Kohls Viertem Reich geht, wird „ihr schriftstellerischer Rang weit überschätzt“; sie „interessiert nicht als künstlerischer Fall“.

Im Grunde genommen hat dieser Kulturkampf wenig zu tun mit Wolfs Wert als Künstlerin. Denn Christa Wolf verkörpert alles, was der deutsche Imperialismus verabscheut — eine viel beachtete Schriftstellerin aus einem stalinistisch regierten Land, eine Frau, eine Sozialistin, eine Antifaschistin, die über Deutschlands Vergangenheit schreibt —, und deswegen ist sie zu einem Symbol geworden, das demontiert werden soll, wie Hammer und Zirkel von den Häuserfassaden. Die Diffamierung von Christa Wolf und anderen prosozialistischen DDR-Schriftstellern dient als wichtiger Bestandteil der ideologischen Rechtfertigung für eine Säuberung von Kommunisten und ehemaligen Kommunisten aus allen Schichten der Ge-

sellschaft der ehemaligen DDR. Wolf ist stellvertretend nicht nur für das kulturelle Erbe der DDR, sondern auch für die Schicht von prosozialistischen Intellektuellen, die gegen das Honecker-Regime waren und die nie zum kapitalistischen Westdeutschland überliefen, weder in ihrer Person noch in ihren Ideen.

Jetzt will der deutsche Imperialismus das Andenken an diese aufrichtigen Sozialisten auslöschen, zusammen mit dem Andenken an die Kommunisten und Antifaschisten, die die DDR auf den Trümmern von Hitlers Reich aufbauten. Dies gehört zu dem Versuch von Bonn, jedes Überbleibsel des ehemaligen deutschen deformierten Arbeiterstaats auszulöschen. Die Hexenjäger verwischen ihre Spuren mit der ekelerregenden „revisionistischen“ Anschauung der deutschen Geschichte, die den Nazi-Völkermord mit der Lüge „Stalin schuf Hitler“ entschuldigt. Der deutsche Kapitalismus übernahm das, was von Hitlers Reich übrig blieb, direkt in die westdeutsche Staatsstruktur — dazu gehörten viele der leibhaftigen „Ex-Nazi“-Beamten. Aber die ideologischen Weichensteller denken, sie könnten die unermeßliche Schuld für die faschistische Vergangenheit dadurch der ehemaligen DDR zuschieben, daß sie den antidemokratischen Mißbrauch und die bürokratische Korruption des stalinistischen Staatsapparats mit Hitlers „Endlösung“ gleichsetzen.

Obwohl noch niemand Christa Wolfs Bücher auf dem Marktplatz verbrannt hat, hat die Hexenjagd gegen sie, ihre Ideen und im allgemeinen gegen Sozialisten aus der DDR tatsächlich hierzulande viel Angst an die Oberfläche gespült, denn in Deutschland hat niemand vergessen, daß die letzte groß angelegte Hexenjagd gegen Kommunisten unter Hitler exekutiert wurde. In den Worten



Die SPD-geführte Hexenjagd ist Teil der Rache der Bourgeoisie für die Zerschlagung Nazi-Deutschlands durch die Rote Armee. Das Vierte Reich verfolgt die PDS und will jeden Funken der kulturellen Kreativität und Entwicklung zerstören, die trotz der Zwangsjacke der stalinistischen Zensur in der DDR blühte

von Heinrich Heine: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.“ Die Diffamierung von Christa Wolf steht als Symbol für das, was vielen anderen blühen soll: von prominenten Schriftstellern wie Günter Grass bis hin zu kommunistischen Arbeitern und Beamten. So ist dies mit einer Frage von viel entscheidenderer Bedeutung und historischer Tragweite verknüpft: dem Drang der Kapitalisten, die Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben einfach auszulöschen, wo sie potentielle Führer des Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus darstellen.

### Deutsche Arbeiter kämpfen gegen die Verwüstungen der Wiedervereinigung

Jetzt, wo die deutschen Kapitalisten die DDR verschlungen haben, demontieren sie im Osten die ganze Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die Bonner Regierung legt die ehemaligen staatlichen Fabriken still, entläßt Hunderttausende, radiert das vergesellschaftete System von Kinderbetreuungseinrichtungen und bezahlten Mutterschaftsleistungen aus, das den Frauen in der DDR erhebliche Unabhängigkeit gab. Und in jedem Bereich der Gesellschaft – von den Betrieben bis zur akademischen Welt – sind die ersten, die ihre Arbeitsplätze verlieren, die Hunderttausenden Mitglieder (gegenwärtige oder ehemalige) der SED/PDS. Als die Auswirkungen des Anschlusses zu greifen begannen, verfiel der Rausch der „schnellen D-Mark“, die den versprochenen Wohlstand bringen sollte, die treibende Kraft bei den Wahlen im März 1990, die in die kapitalistische Konterrevolution mündeten. Im April 1991 sackte Kohls CDU bei den Meinungsumfragen ab; gleichzeitig schüttelten Streiks das DDR-Gebiet, und Demonstrationen gegen Massenarbeitslosigkeit kochten in den Städten über.

Bei all der wachsenden Ernüchterung unter den deutschen Arbeitern, überwiegend im Osten, befindet sich die Intelligenz im Westen in einem Zustand großer nationalistischer Erregung: sie vibriert so richtig über den „Tod des Kommunismus“. Diese Schicht befindet sich überwiegend unter den Fittichen der SPD: die liberale/sozialdemokratische *Hamburger Zeit* ist in der letzten Periode das Flaggschiff von Kaltem Krieg, Hexenjagd und imperialistischen Hardlinern gewesen. *Die Zeit* trommelte mit am lautesten, um deutsche Unterstützung für den dreckigen US-imperialistischen Krieg im Persischen Golf herbeizuworben. Für die Sozialdemokraten – die politischen Enkelkinder von Ebert, Scheidemann und Noske, den Mördern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – hat der deutsche Nationalismus selbstverständlich Vorrang vor irgendwelchen Rechten der Arbeiterklasse. Für sie sind die historischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats DDR – kostenlose Gesundheitsversorgung, bezahlbare Mieten, die größere Unabhängigkeit der Frauen, kostenlose Ausbildung, Arbeit für alle in einer vergesellschafteten Wirtschaft – nichts. Wir Trotzkiten kämpfen dafür, die historischen Errungenschaften der DDR zu verteidigen, und gleichzeitig kämpfen wir für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistischen Bürokraten rauszuwerfen.

In der Zeit nach der kapitalistischen Wiedervereinigung spielten die Sozialdemokraten in der Tat die Rolle, die sie versprochen hatten: sie bildeten als Trojanisches Pferd für kapitalistische Wiedervereinigung die Speerspitze der Konterrevolution im Osten, getarnt als die liberalen „Freunde“ der Arbeiterklasse. Sie versuchen, praktisch ohne Erfolg, für sich eine Basis unter den kämpferischen Arbeitern aufzubauen, und auch, mit erheblich mehr Erfolg, die SED/PDS-Lehrer an führenden Universitäten wie Humboldt mit Berufsverbot zu belegen

und Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst zu säubern. Die westdeutsche Justiz (die nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende von Nazi-Richtern übernahm) hat die Richter der ehemaligen DDR als „ungeeignet“ für die Richterbank erklärt; Tausende von Richtern, Anwaltsgehilfen und anderen Justiz-Angestellten sind jetzt Sozialhilfeempfänger. In der unablässigen Jagd auf Rote müssen Lehrer, Polizisten, Busfahrer, Journalisten und



Der Spiegel

### Christa Wolf auf der Kundgebung am Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989

sogar Opern-Bühnenarbeiter akribische Untersuchungen ihrer Überzeugungen und ihrer Vergangenheit über sich ergehen lassen.

### Kunst und Literatur in der DDR

Deutschlands größte Schriftsteller wurden unter Hitler in die Emigration gezwungen, unter ihnen (der konservative) Thomas und (der linke) Heinrich Mann, Arnold Zweig und viele andere. In der Tat hätten die meisten von ihnen Bände schreiben können über die Kostprobe westlicher „Demokratie“, die ihnen Joseph McCarthy und J. Edgar Hoover verabreichten – und manche wie Stefan Heym schrieben auch Bände darüber. Zahlreiche exilierte Schriftsteller, unter ihnen Bertolt Brecht, Anna Seghers und Stefan Heym, kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg zurück – nach Ostdeutschland. Veteranen der Weimarer Republik, wie Brecht beispielsweise, hegten wenig Illusionen über die westdeutsche „Demokratie“.

Trotz der nervtötenden politischen Konformität unter Ulbricht/Honecker genoß die DDR ein lebendiges kulturelles und intellektuelles Leben: das stalinistische Regime subventionierte Literatur und Künste in großem Stil. Die staatliche Zensur konnte den eindrucksvollen künstlerischen und literarischen Ausdruck genausowenig verhindern wie interessante kulturelle Auseinandersetzungen – das alles koexistierte allerdings mit hirnverbranntem stalinistischem Kitsch. Künstler waren eine privilegierte Schicht der Gesellschaft: In der Bevölkerung war man stolz auf sie, man schätzte sie; andererseits nahm man ihnen aber auch ihre Privilegien übel. (Die weltberühmte Sportlerin und Olympia-Siegerin Katarina Witt ist beispielhaft: man bewunderte ihr Talent, bejubelte sie als Symbol des Nationalstolzes und beneidete ihren Sonderstatus.)

Die „Literaturkritiker“ des Vierten Reichs, die nur so triefen vor Selbstgefälligkeit und kleinlichem Triumph, tun die Leistungen dieser ganzen Generation als Müll ab. Und bei der Schlammschlacht über die neue „entar-

Fortgesetzt auf Seite 12

## Christa Wolf...

Fortsetzung von Seite 11

tete Kunst“ im Literaturteil der überregionalen Zeitungen ist es nicht stehengeblieben. In den ersten Tagen nach der Währungsunion im Juli 1990 gab es auf den Müllhalden in der DDR Berge von Büchern; dabei dachten viele mit Schrecken an die Bücherverbrennung der Nazis. Schallplattenläden vernichteten praktisch ihr ganzes Sortiment an DDR-Aufnahmen, um den Weg freizumachen für Musik „überlegener Qualität“ von dem „freien Markt“ des Westens. Gestrichen wurden die staatlichen Subventionen sogar für Zirkusse – deren Aufführungen auffallend frei waren von Brutalität gegenüber den Tieren, das Markenzeichen für den Zirkus im Kapitalismus –, und Tierbetreuern bleibt nichts anderes übrig, als mit ihren Lamas, Kamelen und Pferdchen auf der Straße zu betteln. Orchester, Museen, Tanz- und Theatertrupps werden im ganzen DDR-Gebiet aufgelöst, abgesehen von ein paar Aushängeschildern. Das New York Philharmonic sahnte Kurt Masur ab, aber Tausende von engagierten Musikern sind arbeitslos.

### Der Aufschrei über *Was bleibt*

Im Kontext der allgemeinen Hexenjagd-Atmosphäre ist die bevorzugte Zielscheibe der DDR-feindlichen Ideologen Christa Wolf gewesen – eine der bekanntesten lebenden Schriftsteller aus der DDR, Mitglied der SED seit 40 Jahren und Autorin von *Kindheitsmuster*, einem meisterhaften Roman über ein junges Mädchen, das in Hitler-Deutschland aufwächst. Wolfs Leistungen sollen

als das Machwerk einer Mitläuferin der korrupten stalinistischen Bürokraten abgetan werden. Als bequemer Vorwand dient, daß ihr Roman *Was bleibt* ihr erstes Buch war, das sich explizit mit der eigenen Erfahrung mit staatlicher Zensur und Einschüchterung befaßte. Die Substanz der Beschwerden seitens der Kritiker? Wolf hätte das Buch 1979 veröffentlichen sollen – als „Sensation“ und Enthüllung der Korruption und der Mißbräuche der DDR-Regierung. Sie wäre ein Held gewesen, weint *Die Zeit*. Daß sie aber zehn Jahre mit der Veröffentlichung gewartet hat, „beweist“, daß sie „schuldig“ war, nichts als eine „Staatsdichterin“, nichts als eine karrerresüchtige Apologetin für Honeckers Verbrechen.

Wie die meisten von Wolfs Büchern ist *Was bleibt* autobiographisch; es setzt sich mit Ereignissen in ihrem Leben nach der Affäre um Wolf Biermann im Jahre 1976 auseinander. Biermann – Dichter, Liedermacher und damals links-stalinistischer Kritiker der DDR-Regierung (die ihn seit Mitte der 60er Jahre unter Hausarrest gehalten hatte) – wurde nach einem öffentlichen Konzert in Westdeutschland ausgebürgert. Diese bürokratische Ungeheuerlichkeit war Teil einer allgemeinen Repressionswelle gegen Dissidenten; es gab u. a. eine Regierungsumbildung, Reiner Kunze wurde aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, weil er eine Sammlung von Erzählungen im Westen veröffentlicht hatte, die kritisch gegenüber der DDR waren. Im Proteststurm gegen Biermanns Ausbürgerung ergriffen Christa Wolf und elf weitere Schriftsteller – u. a. Stefan Heym und Wolfs Ehemann Gerhard – die Initiative und riefen das SED-Politbüro auf, den Fall neu zu überdenken. Dafür wurde

## Einige Gedanken zu Christa Wolf

Für mich ist der eigentliche Punkt in der sogenannten Vergangenheitsbewältigung in beiden deutschen Staaten zu suchen, der offensichtliche Streitpunkt ist die unterschiedliche Entwicklung nach 1945. Für Christa Wolfs Generation waren diese Jahre prägend, besonders in ihrer politischen Entwicklung, da es nun galt, einen neuen, einen besseren Staat durch eigener Hände Arbeit aufzubauen. Wichtig war dabei die Entnazifizierung, vorgenommen von einer Handvoll Antifaschisten und Kommunisten, welche entweder aus den KZs zurückkehrten oder aus der Emigration. Bereits hier beginnt die unterschiedliche Entwicklung, und man spürt beim Lesen ihrer Bücher immer wieder ein kleines bißchen Stolz, „dabeigewesen zu sein“.

Für mich ist das eine DDR-typische Eigenschaft, die eigentlich zum großen Teil bis in meine Generation übermittelt werden konnte, nicht nur durch Staatsdoktrin, sondern unter anderem auch, weil gerade solche Bücher existierten.

Für uns war es immer wieder ein Fest, wenn wir eine neue Ausgabe im Buchladen „unter dem Ladentisch“ kaufen konnten. Ich fragte mich, wann wird sie einen wirklichen Erfolg und Einfluß bei uns, für uns haben, denn es war unzweifelhaft, daß sie nicht gegen unseren Staat, sondern für ihn argumentierte, gegen diese andere deutsche Mißgeburt.

Jeder DDR-Bürger, der für eines ihrer Bücher stundenlang unterwegs war, rechnete immer mit DDR-bezogener Literatur, geschrieben von einer Frau, die ganz genau weiß, wo sie lebt und warum gerade dort, und der es nie im Traum einfallen würde, den souveränen Staat zu verleugnen... Ich

möchte ihre Bücher nicht missen, da sie bei allen Querelen und Schwierigkeiten, die für uns hier so typisch waren, unser Land immer wieder in einem doch so sympathischen und liebenswerten Licht darstellten, so daß man wenigstens die Hoffnung auf Besserung *hier* nicht aufgab.

Man kann also auf jeden Fall davon ausgehen, daß sie nicht für Antikommunisten geschrieben und publiziert hat, sondern, vermute ich, gerade auch für die Leute, denen heute noch ein eiskalter Schauer den Rücken runter läuft, wenn sie sehen, daß man in den westlichen Medien bei Nachrichtensendungen ganz selbstverständlich die deutschen Namen für polnische Städte benutzt.

Wenn man sie zu einer staatstragenden Dichterin machen bzw. umfunktionieren will, sollte man sich vorher erst auf eine genaue Begriffsbeschreibung einigen. Wenn es darum geht, daß sie auch im westlichen Ausland in der Lage war, unser Land angemessen zu repräsentieren (was die bestimmte Ideologie nunmal nicht ausschließt), dann kann man diese Bezeichnung nicht unbedingt verwerfen. Wenn es aber darum geht, daß sie bei bestimmten Entscheidungen unserer Obersten nur genickt, gelächelt und geklatscht hat, dann sollte man als Kritiker schleunigst sich ein anderes Thema für die Rezension suchen, denn nun wird es offensichtlich, daß es nicht um den Verriß bloßer Literatur, sondern um politische Unduldsamkeit geht, welche, geschickt getarnt, aber ein und derselben Hysterie entsprungen sind.

Ramona

8. April 1991

Christa Wolf, die sich der Beschuldigung der Illoyalität gegenüber dem Staat gegenüber sah, vom Schriftstellerverband offiziell gerügt, und anschließend verlor sie ihren Sitz im Vorstand. Ihr Mann verlor die Mitgliedschaft sowohl im Schriftstellerverband als auch in der SED.

Wolf mußte außerdem feststellen, daß sie von der gefährlichen und verhaßten Stasi beobachtet wurde – auf auffällige Weise und offensichtlich in der Absicht, sie einzuschüchtern. Mit ihrer Erfahrung in dieser finsternen Zeit, ihrer Angst und Wut, befaßt sich *Was bleibt*:

„Schuhe überstreifen, Mantel an, die Tür doppelt, am liebsten, wenn es möglich wäre, dreifach verschließen, so wenig das, wie ich ja wußte, im Ernstfall nützen würde, denn mindestens ein-, wahrscheinlich aber zweimal hatten im vorigen Sommer jene jungen Herren oder deren Kollegen mit einer Spezialausbildung im Türenöffnen unsere Wohnung in unserer Abwesenheit aufgesucht, ... so daß [sich] ... am nächsten Tag die Profilsohle eines Männerschuhs, Größe 41/42, deutlich auf einigen Türschwellen und auf dem dunklen Parkett im Mittelzimmer abgedrückt hatte... Außerdem haben im Bad die Scherben des Wandspiegels im Waschbecken gelegen, ohne daß sich für diesen Tatbestand eine natürliche Erklärung hätte finden lassen. Wir mußten also davon ausgehen, daß die jungen Herren ihren Besuch in unserer Wohnung gar nicht verheimlichen wollten.“

Zum Schluß gibt es eine schauerliche Schilderung einer öffentlichen Lesung durch die Autorin: es wird ihr klar, daß die Besucher handverlesen waren und daß ihre Unterstützer – die Leser, die so begeistert ihre Bücher aufgegriffen hatten – von der Polizei geschubst und weggetrieben wurden.

*Was bleibt* spiegelt die Stimmung wider innerhalb erheblicher Teile der Bevölkerung, die sich als Sozialisten ansahen, die aber den Weg vorwärts blockiert sahen. Das Buch behandelt dasselbe Thema, das den meisten Werken Wolfs in den letzten 20 Jahren zugrunde liegt: die zunehmenden Schwierigkeiten eines Menschen, der sich der Aufgabe gegenüber sieht, kommunistische Überzeugung mit der stalinistischen Wirklichkeit unter einen Hut zu bringen. Die „hilflose Wut“, die die Kritiker angeblich unerklärlich finden, ist die natürliche Reaktion einer isolierten Sozialistin auf ein Regime, das nicht in Richtung Sozialismus steuert, sondern dabei ist, zum völligen Stillstand zu kommen.

### Der Platz der Frau

Sobald das Buch erschienen war, gingen die „Kritiker“ an die Arbeit. Marcel Reich-Ranicki, Westdeutschlands „Literaturpapst“, brach den Stab für Christa Wolfs Exkommunizierung, und die Kritiker leierten der Reihe nach gehässige, personalistische, frauenfeindliche „Rezensionen“ herunter. Die großen literarischen Kanonen der einflußreichen liberalen *Zeit* und der konservativen *Frankfurter Allgemeine* schmissen sich zuerst ins Zeug; das Gros der übrigen Presse sprang auf den fahrenden Zug. Monatelang verurteilten sie Wolfs Werke, ohne sie zu diskutieren, und kotzten unisono unbegründete politische Beschuldigungen gegen die Schriftstellerin, die Frau und ihren Charakter heraus.

Die Erfahrungen von Frauen sind ein großes Thema von Christa Wolf – und diesen würdigen Herren der Belletristik macht es überhaupt nichts aus, in frauenfeindliche Bigotterie hinabzusteigen, um einen ekelerregenden Angriff ad feminam zu fahren. Mit Schaum vor dem Mund zog die sogenannte linke Zeitschrift *titanic* über eine „unansehnliche Autorin“ her: „Meinst Du, sie würde im Minirock mit durchsichtiger Bluse wesentlich

schärfer aussehen?“ *Die Zeit* spottete: „Die Frau gerät in Panik.“ Sie „weinte“. Es bleibt uns nichts erspart.“ „Ach ja, diese anmutige Melancholie ... diese zarte Entsaugung.“ „Mit süßer Wehmut beschwört sie die Natur ... oder das unbeschädigte Leben ... oder die Wonnen eines leckeren Frühstücks.“ Die Überschrift im *Spiegel* (25. Juni 1990): „Selbstgemachte Konfitüre“ – der Artikel ist eine einzige Reihe von Beleidigungen. Der *stern* überschrieb einen Artikel „Gesamtdeutsche Heulsuse“. Soll dies nun das Urteil gegenüber jedem sein, der meint, daß Frauen mehr als nur Kinder, Küche, Kirche zusteht?

Diese käuflichen Schreiberlinge schaffen es, ein druckvolles Tohuwabohu von rachsüchtigen Gereiztheiten, Selbstwidersprüchen und Lügen zustande zu bringen: Ihre Werke sind „überschätzt“, „sentimental“. Sie lief nicht zum Westen über, wo sie als Schriftstellerin „Unterkunft“ hätte finden können. Ihre Werke wurden „politisch“, nicht „ästhetisch“ beurteilt. Sie und alle anderen, die in der DDR geblieben sind, waren „schuldig“ – alle „Mitverantwortliche dessen, was dort geschehen ist“.

### Prosozialistische Dissidentin in der DDR

Nach Meinung dieser literarischen Gauner hätte Christa Wolf nur eine Wahl gehabt: entweder Honeckers Apologet zu sein oder sich vor dem Imperialismus zu prostituieren. (Vielleicht haben sie sich einen deutschen Aufguß des obskurantistischen zaristischen Wahnsinnigen Aleksandr Solschenizyn vorgestellt: Suchen sie nach einem faschistischen Romantiker des wahren Volkes, der jenes reine arische Blut besingt, jene tiefen Bindungen mit dem neuen Reichen Blut und Boden preist?) Laut Sozialdemokraten gibt es keine Alternative zu diesen abscheulichen Optionen. Tatsächlich aber hatte Christa Wolf jahrelang die Funktion einer prosozialistischen Kritikerin des DDR-Regimes, innerhalb der Grenzen ihrer eigenen liberal-stalinistischen Perspektive und hauptsächlich durch ihr künstlerisches Schaffen. Besonders in ihren Schriften über Frauen lassen sich Tragödie und schmerzhafter Pessimismus aus der Kluft ableiten zwischen den kommunistischen Idealen wirklicher Gleichheit einerseits und der Realität eines stalinistisch beherrschten deformierten Arbeiterstaats andererseits, der in einem Meer des Imperialismus stranguliert wurde.

Fortgesetzt auf Seite 14

### Spartakist-Treffpunkte

<b>Berlin</b>	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz
<b>Halle</b>	Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr Comcenter, Raum 30, Leninallee 70 Halle 4020, Telefon: Halle 2 90 55

### KONTAKTADRESSEN

<b>Berlin</b>	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
<b>Halle</b>	SpAD, Comcenter, Raum 30 Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
<b>Hamburg</b>	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
<b>Leipzig</b>	M. Scharsig, Postlagernd, Leipzig 7022
<b>Rostock</b>	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

## Christa Wolf...

Fortsetzung von Seite 13

Wegen der Begrenzung ihrer Weltansicht war Wolf nicht in der Lage, diese Kluft zwischen dem Idealen und dem Realen politisch zu verstehen. Nach ihren politischen Ansichten — die man vielleicht am ehesten mit dem Programm der Sozialdemokratie vor 1914 vergleichen könnte — reichte das kollektivierte Eigentum plus die Emanzipation der Frau aus, um die Dinge „besser zu machen“. Da die Klassenfrage in der DDR „gelöst“ worden sei, könnte nicht die Gesellschaft einfach fortschrei-



Der Spiegel

Berlin, 1933 — „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“

ten hin zu Marx' Vorstellung der klassenlosen Gesellschaft, ausgedrückt in dem Satz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“? Doch die Klassenfrage kann nicht in einem einzigen kleinen Gebiet in einer vom Imperialismus dominierten Welt „gelöst“ werden. „Sozialismus in einem Land“ (im Falle der DDR in einem Drittel Land) und „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus sind historische Unmöglichkeiten. Wie Marx und Lenin klar aussprachen: Erst der materielle Überfluß liefert die notwendige Basis für die Emanzipation der Gesellschaft und für eine internationale Gemeinschaft des Intellekts. Und dies kann nur im Rahmen des Kampfes zum weltweiten Sturz des imperialistischen Systems passieren, und nur dadurch kann eine globale Arbeitsteilung errichtet werden.

In ihrer künstlerischen Tätigkeit war Christa Wolf in denselben Widersprüchen verfangen, die sie so ausdrucksvoll in ihren Werken ausmalte: im Willen, den Sozialismus zu verteidigen (der für sie die Verteidigung der DDR bedeutete), und im Wissen, daß etwas sehr schief lief. Sie sah es als Prinzip an, nie etwas im Westen zu veröffentlichen, das sie nicht auch in der DDR drucken lassen konnte. Sie befürchtete, daß sie von Antikommunisten benutzt werden könnte (besonders mitten in der Kalten-Kriegs-Hysterie Ende der 70er und in den 80er Jahren), und sie sah für sich deshalb nur eine Option: innerhalb des begrenzten Rahmens der DDR zu arbeiten. Im Gegensatz zu zahllosen „Dissidenten“, die sich verkauften und prostituierten (Biermann erhob einen Lobgesang auf das imperialistische Gemetzel im Irak), war für Christa Wolf das wichtigste, ihre Verbindungen mit ihrer prosozialistischen Leserschaft in der DDR aufrechtzuerhalten — diejenigen, die kilometerweit zu reisen bereit waren, um ein Exemplar ihres neuesten

Buchs „unter dem Ladentisch“ zu finden. Wie eine Genossin von uns sagte:

„Jeder DDR-Bürger, der für eines ihrer Bücher stundenlang unterwegs war, rechnete immer mit DDR-bezogener Literatur, geschrieben von einer Frau, die ganz genau weiß, wo sie lebt und warum gerade dort, und der es nie im Traum einfallen würde, den souveränen Staat zu verleugnen... Ich möchte ihre Bücher nicht missen, da sie bei allen Querelen und Schwierigkeiten, die für uns hier so typisch waren, unser Land immer wieder in einem doch so sympathischen und liebenswerten Licht darstellten, so daß man wenigstens die Hoffnung auf Besserung *hier* nicht aufgab.“

Christa Wolf schrieb gerade für diejenigen, denen heute noch ein eiskalter Schauer den Rücken runter läuft, wenn sie sehen, daß die Nachrichtensendungen im Westen deutsche Namen für polnische Städte benutzen.

### Kein Ort, nirgends: Christa Wolfs künstlerisches Schaffen

Wolfs Romane waren nicht gerade das, was das Honecker-Regime gern hören wollte. Wie sie kurz und bündig sagt: „Literatur ... drückt die Spannung zwischen den ... Hoffnungen und Sehnsüchten des einzelnen ... und seiner Gesellschaft aus“ (Interview mit Christa Wolf, 1975). Zwar war sie ursprünglich eine Befürworterin des „sozialistischen Realismus“ gewesen, der stalinistischen „Theorie“ von proletarischer Kunst, aber Wolf brach damit auf recht spektakuläre Weise. 1968 veröffentlichte sie ihren ersten großen Roman, *Nachdenken über Christa T.*, die Geschichte einer gestorbenen Frau, so wie sich ihre Bekannte an sie erinnert, und geschrieben in einem empfindsamen Stil, der Gefühlen und Gedanken freien Lauf läßt. Er erzählt von Freundschaft, Tod und der Krise der Erwartungen. Die erste Auflage wurde eingestampft: Wolf wurde nicht wieder als Kandidat im Zentralkomitee der SED aufgestellt. Später — nachdem Erich Honecker dem „sozialistischen Realismus“ auf dem SED-Parteitag 1971 abgeschworen hatte — wurde das Buch unter großem Beifall wieder aufgelegt.

Die Politik ist oft ein wesentlicher Faktor, der Wolf zum Schreiben motiviert und der die Gestaltung ihrer Werke bedingt. Wenn die antikommunistischen Literaturkritiker an Wolfs Schriften ernsthaft interessiert wären, müßten sie wissen, daß sie 1977 ein Buch „über“ die Biermann-Affäre schrieb: *Kein Ort, nirgends*, ein imaginäres Treffen zwischen zwei längst toten romantischen Dichtern, der längst vergessenen Karoline von Günderrode und dem verewigten Dramaturgen Heinrich von Kleist. Sie schrieb das Buch, um „die Voraussetzungen von Scheitern zu untersuchen, den Zusammenhang von gesellschaftlicher Verzweiflung und Scheitern in der Literatur. Ich hab damals stark mit dem Gefühl gelebt, mit dem Rücken an der Wand zu stehn und keinen richtigen Schritt tun zu können“ (*Die Dimension des Autors*). Das Buch drückt die erstickende Verzweiflung zweier entfremdeter Menschen aus, die spüren, daß sie bei der Suche nach Gerechtigkeit und individueller Freiheit scheitern werden.

Wolf begann die Arbeit an *Kassandra*, als sie anfang, sich für die Ursprünge des Krieges zu interessieren. Sie stand unter dem bedrückenden Eindruck während der ersten Jahre von Reagans Krieg der Sterne, daß dieser Irrsinnige eine atomare Weltkatastrophe auslösen könnte. *Kassandra* ist die faszinierende Neugestaltung der Geschichte des Trojanischen Krieges, gesehen von Wolf als Triumph der patriarchalischen griechischen über die auf Mutterrecht basierende trojanische Gesellschaft. Während eines Besuchs in Griechenland und hinterher unternahm

Wolf ein intensives Studium der griechischen Mythologie und der Ursprünge der Frauenunterdrückung, u. a. anhand von Engels' *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. In den vier Erzählungen, die den Roman *Kassandra* begleiten, drückt sie die häufig anzutreffende feministische Ansicht aus, daß das Patriarchat die Quelle des imperialistischen Krieges sei. Aber diese Illusion verdirbt keineswegs *Kassandras* brillante Neubelebung der altertümlichen Gesellschaft.

*Störfall* beschreibt einen Tag, an dem der Bruder der Autorin sich einer heiklen Gehirnoperation unterziehen muß und an dem der Fallout von Tschernobyl anfängt, auf die DDR niederzuregen. In der Novelle gibt es reichlich Panik und technologiefeindliches Utopiedenken, gemischt unter herrliche Prosa und lyrische Emotion. In diesem Sinne ist das Buch ein erstrangiger Kandidat für die Art und Weise marxistischer Analyse, wie sie Leo Trotzki in *Literatur und Revolution* beschrieb. Ein marxistischer Kritiker

„„inkriminiert“ dem Dichter keineswegs die Gedanken und die Gefühle, die dieser zum Ausdruck bringt, sondern stellt sich Fragen von viel tieferer Bedeutung: Welcher Ordnung der Gefühle entspricht die gegebene Form eines künstlerischen Werkes in allen ihren Besonderheiten? Welcher Art ist die soziale Bedingtheit dieser Gedanken und Gefühle? Welchen Platz nehmen sie innerhalb der historischen Entwicklung der Gesellschaft, der Klasse ein?“

Weil für Wolf die Klassenfrage in der DDR im wesentlichen gelöst war, geht sie bei ihrer scharfen Kritik in bezug auf die Stellung der Frau und bei ihrer Besorgnis über die Umwelt von unterschiedlichen Voraussetzungen aus, im Vergleich zu den bürgerlichen Feministen und Öko-Freaks im kapitalistischen Westen. Für Wolf ist die Überlegenheit der Einrichtungen für Frauen in der DDR selbstverständlich, und trotz ihrer kassandraartigen Ansichten über die Gefahren moderner Technologie akzeptiert sie die Tatsache, daß die Gesellschaft die überwiegende Mehrheit der Menschen mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs versorgen kann, weil Industrieproduktion, Atomkraftwerke und so weiter dies möglich machen. In *Störfall* zeichnet Wolf auf recht brillante Weise ein Bild der erstickenden Angst der liberal-stalinistischen DDR-Intelligenz — die in einem Drittel eines Landes „gefangen“ ist, entweder vom atomaren Fallout oder von den ätzenden Dämpfen schwelender Braunkohle vergiftet, wohnhaft auf genau dem geographischen Gebiet, das im Atompilz zu verglühen bestimmt ist, sollten die US-Imperialisten ihren Erstschatz starten.

### Kindheitsmuster

*Kindheitsmuster* ist Christa Wolfs eindrucksvollstes Werk. Es ist auch am stärksten von autobiographischen Zügen geprägt und wurde teilweise als Selbstentdeckungsreise geschrieben: „Jetzt, obwohl es unmöglich ist“, will die Erwachsene das Kind „kennnenlernen“.

Wolf ist 1929 in einer deutschsprachigen Kleinstadt in Ostpreußen, jetzt ein Teil von Polen, geboren worden. Sie ist im Dritten Reich — wo sie begeistertes BDM-Mitglied war — großgeworden, und sie sah als 16jähriger Flüchtling die Niederlage des Faschismus durch die Rote Armee, das traumatischste Ereignis ihrer Jugend. Als die DDR 1949 gegründet wurde, fing sie als 20jährige an, den Marxismus zu studieren, eine der wichtigsten Erfahrungen ihres Lebens. Aber *Kindheitsmuster* hört 1947 schroff auf, bevor Wolf für den Marxismus gewonnen wurde; das Buch beansprucht keine ideologischen Patentrezepte oder Patent„antworten“, sondern spricht die Fragen des Lebens unter den Nazis an: „Wie war es

möglich, und wie war es wirklich?“ Wie sie in einem Interview 1975 sagte:

„Ein wenig stört mich, daß viele unserer Bücher über diese Zeit enden mit Helden, sie sich schnell wandeln, mit Helden, die eigentlich schon während des Faschismus zu ziemlich bedeutenden und richtigen Einsichten kommen, politisch, menschlich. Ich will keinem Autor sein Erlebnis bestreiten. Aber mein Erlebnis war anders. Ich habe erlebt, daß es sehr lange gedauert hat, bis winzige Einsichten zuerst, später tiefergehende Veränderungen möglich wurden.“

Statt dessen zeigt Wolf die Veränderungen, die die Geschichte mit sich gebracht hat: Die Erzählung der Vergangenheit, die das Leben von „Nelly“ (Wolf als Mädchen) beschreibt, ist verflochten mit der Gegenwart, die auch Lenka, die 14jährige Tochter der Erzählerin, einschließt, deren Bewußtsein sich völlig von Nellys unterscheidet.

Mit einem scharf umrissenen Bild der „kleinen Menschen“ in Nazi-Deutschland demoliert der Roman die Lüge der „Kollektivschuld“: wenn überhaupt, dann sind Nellys Eltern gegen Hitler. Allein können sie nicht viel machen, aber sie versuchen, Anstand und Menschlichkeit zu wahren, während sie darin aufgehen, ein Auskommen zu verdienen, zwei Kinder großzuziehen und schließlich ihre Familie zu retten. Der Roman zeigt, daß nicht „alle Deutsche“ Faschisten waren, und, ähnlich wie das großartige Buch *Versteckt*, macht er dies anschaulicher, als es jede Erklärung der historischen Tatsachen mittels marxistischer Analyse jemals könnte.

Bürgerliche Alleswisser in aller Welt schreien über „die Schuld der Deutschen“ und verleumdern „alle Deutschen“ als schuldig an Hitler, wenn sie keine heroischen Aktionen gegen die Nazis ergriffen. Aber Marxisten verstehen, daß es wesentliche Bruchpunkte in der Weltgeschichte gibt. In dem wirtschaftlich am Boden liegenden Deutschland der 20er Jahre war die stabile bürgerliche Demokratie spürbar keine Alternative — die Gesellschaft *polarisierte* sich rasch zwischen der mächtigen Arbeiterbewegung und den Faschisten, die unter arbeitslosen ehemaligen Soldaten und der ruinierten Kleinbourgeoisie in großer Zahl rekrutierten. Nach der Niederlage der proletarischen Aufstandsversuche und nachdem die revolutionäre Bewegung enthaupet wurde, gaben entscheidende Teile der Bourgeoisie — die vor dem Gespenst des Kommunismus noch immer schreckliche Angst hatten — 1932/33 ihre Unterstützung den Nazis unter Hitler. *Sie sind diejenigen, die für Hitlers Machtergreifung verantwortlich sind!* Hitler wurde zum Kanzler gemacht, und die Schläger der Nazi-Sturmtruppen wurden einfach mit dem bürgerlichen Staatsapparat und den Streitkräften *zusammengeschweißt*.

Die stalinisierten deutschen Kommunisten weigerten sich, Trotzki's dringenden Warnungen zu folgen und eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zu bilden, um die Nazis zu zerschlagen, als es dafür noch Zeit gab. Sie waren unter den ersten Opfern der Nazis. Nach 1933 hatten „normale Menschen“ die Wahl: das Leben direkt aufs Spiel zu setzen, um einzelne Juden und andere, die im Fadenkreuz des Dritten Reichs waren, zu retten (manche taten dies auch), oder den Nazi-Gesetzen zu gehorchen. Wolfs Roman untersucht das Leben von Menschen, die keine Helden waren, und wie sie lernten zu denken — und nicht zu denken —, als Preis dafür, daß sie am Leben blieben unter einem Regime, das andere Menschen Unaussprechlichem unterzog.

*Kindheitsmuster* brachte viele Deutsche in Verlegenheit — diejenigen, die die rassistische Dreckschleuderei, die „Euthanasie“-Programme, die „Kristallnacht“ akzep-

Fortgesetzt auf Seite 16

## Christa Wolf...

Fortsetzung von Seite 15

tierten; die Arisierer, die etlichen Millionen Nazi-Sympathisanten und aktiven Nazis, die am 8. Mai 1945 zu wiedergeborenen „Antifaschisten“ wurden; all diejenigen, die über die Viehwaggons, die Konzentrationslager, die Massenvernichtung Bescheid wußten — diejenigen, die 40 Jahre lang den kollektiven Gedächtnisverlust vorzogen, der Westdeutschland dominierte. Sie können die schneidenden Szenen nicht ertragen wie die, als Nellys Familie einem verhungerten, halbtoten KZ-Überlebenden begegnet. Als er der Familie erzählt, daß er im KZ saß, weil er Kommunist war, erwidert Nellys Mutter: „Aber deshalb allein kam man doch nicht ins KZ“:

„Wie zu sich selbst sagt er, ohne Vorwurf, ohne besondere Betonung: Wo habt ihr bloß alle gelebt.

Natürlich vergaß Nelly den Satz nicht, aber erst später — Jahre später — wurde er ihr zu einer Art von Motto.“

*Kindheitsmuster* ist Wolfs Antwort auf den KZ-Häftling. Und nur Christa Wolf hat sie schreiben können — nur eine DDR-Sozialistin (wie partiell auch immer ihr Verständnis des Marxismus unter dem Druck der stalinistischen Deformationen sein mag). Ihre prosozialistischen Überzeugungen gaben ihr den Abstand und das Verständnis, um ihr kreatives Talent und ihre Phantasie befreien zu können zum Schreiben dieses Buches.

### Die „Kinderkrankheit“ Auschwitz abwerfen

Die Kritiker des Vierten Reichs tun diesen großartigen Roman ab mit ihrer üblen angeblichen Suche nach einer „neuen“ „Ästhetik“, die nicht „moralisch“, sondern „ästhetisch“ urteilt und die geläutert ist von (der ach so schrecklichen) „Politik“. Diese neue „Ästhetik“ weist eine entschiedene Ähnlichkeit mit des Kaisers neuen Kleidern auf — als die hochgestochene Deckung für den Spott und Hohn, der auf DDR-Schriftsteller und ihre Verteidiger wegen ihrer Politik gehäuft wird. Die Hexenjäger stufen Günter Grass, das PEN-Präsidium, Mitglieder des Schriftstellerverbandes der DDR, den Tübinger Professor Walter Jens und zahlreiche andere in die „Unmündigkeit“ herunter: die deutschen Schriftsteller einer ganzen Generation in Ost und West werden als ästhetisch ärmlich und unreif bezeichnet, weil sie nur noch an Auschwitz denken konnten. Gleichzeitig lautet die Anklage: „Keiner ist frei von Schuld“, wenn es um die Verbrechen des Stalinismus geht, „die zweite deutsche Katastrophe“ des Jahrhunderts. Nach 45 Jahren glauben die historischen Revisionisten, sie könnten das Grauen des Holocaust unter einer rasenden antikommunistischen Hetze gegen den DDR-Stalinismus begraben:

„Der Kampf ist endlich ausgestanden. Erst jetzt ist das Verhängnis, das 1933 begann, an sein wirkliches Ende gekommen... Die Unterschiede im Vergleich zur Naziherrschaft, so wesentlich sie auch sind, erscheinen aus der Perspektive der Opfer als unwesentlich.“ (*Die Zeit*, 27. Juli 1990)

Solchen himmelschreienden nationalistischen Dreck verbreiten diese aufgeblähten Apologeten der Bourgeoisie von Auschwitz und Babi Jar; der Unterschied zu dem Gezeifere der Faschisten über die „Auschwitz-Lüge“ ist wahrlich nicht groß.

### Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!

Die Fundamente der DDR wurden gelegt, als nach 1945 die faschistische Bourgeoisie ausgemistet wurde; zum Teil aus diesem Grund gab es in der DDR tieferge-

hende revolutionäre Veränderungen als in anderen osteuropäischen Ländern unter dem Stalinismus. Seitdem 1948 der Kapitalismus im Osten abgeschafft wurde, war Deutschland ein entlang der *Klassenlinie* geteiltes Land; die mächtige deutsche Bourgeoisie startete unerbittlich über die Grenze, lockte mit dem Katzensgold des kapitalistischen „Wohlstands“ und bedrohte die Existenz der deformierten Arbeiterstaaten selbst. So war die SED, im Gegensatz zu den meisten stalinistischen Parteien in Osteuropa, eine Partei Hunderttausender Werktätiger, die sich dessen bewußt waren, daß die DDR gegen die westdeutsche Reaktion verteidigt werden mußte. Im übrigen Osteuropa, wie z. B. in Titos Jugoslawien, drückte sich der Nationalismus des „liberalen“ Stalinismus in den Appetiten der Bürokratie nach größerer Unabhängigkeit aus; so spielte sie Moskau und Washington gegeneinander aus. In der DDR aber gab es diese Option nicht; dort war der liberale Stalinismus vom Pazifismus durchdrungen und eher durch Illusionen in „Sozialismus in einem Lande“ und „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus an das Ulbricht/Honecker-Regime gebunden.

Dissidente Intellektuelle waren in der DDR eine häufige Erscheinung, und sie waren zutiefst in der SED und im kulturellen Leben der DDR verwurzelt. So waren es im Oktober und November 1989, als die politische Revolution aufkeimte, eher die Intellektuellen und Künstler, die die wachsende Desillusionierung der Massen über den Stalinismus zum Ausdruck brachten, während die Arbeiter als eine aktive, organisierte, selbstbewußte Kraft im Kräfteressen fehlten.

Unter dem Stalinismus spielten Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler eine große Rolle im politischen Leben und gehörten zu denen, die hartnäckig versuchten, an ihren kommunistischen Idealen festzuhalten. Der erfahrene Kommunist Markus Wolf, den Bonn immer noch liebend gern hinter Gitter bringen möchte, ist hierfür beispielhaft. Sein Vater war ein kommunistischer Arzt, der in der Weimarer Republik heroisch für das Recht der Frau auf Abtreibung kämpfte. Die Familie brachte Musiker, Künstler und Schriftsteller hervor; Markus' Bruder Konrad, der angesehene Filmemacher, verfilmte zwei von Christa Wolfs Romanen. Doch viele in der Intelligenz waren Anhänger nicht des Marxismus, sondern einer zusammengebastelten, idealistischen Theorie (die vielleicht am besten von Stefan Heym artikuliert wurde), daß in der DDR die Schriftsteller und Intellektuellen eine neue und entscheidende Rolle bei den historischen Ereignissen zu spielen hätten, weil sie begrenzten, aber realen Zugang zu einem Kanal kritischer Ausdrucksmöglichkeiten hatten.

Christa Wolf war eine von vielen Intellektuellen, die „Für unser Land“ unterschrieben, die Erklärung vom 28. November 1989. Dies war eine typische, der Volksfrontpolitik entsprungene DDR-nationalistische Phantasie: als ob der „Sozialismus in einem Drittel Land“ lediglich weniger Bürokraten und mehr „menschliches Antlitz“ bräuchte, um erfolgreich zu sein. Dort sieht die Welt so aus: es gibt keine Klassen, nur „das Volk“ der DDR und „einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik“ in Westdeutschland. Die Initiative der Intellektuellen wurde von breiten Teilen der Bevölkerung begrüßt, aber ungeachtet ihrer leidenschaftlichen Beschwörung einer Vision des Sozialismus: die Schicht der Intellektuellen konnte nichts weiter anbieten als eine Variante der Gorbatschowschen „revolutionären Erneuerung“ und eine vage „sozialistische Alternative“ zum kapitalistischen Westen. Die Ereignisse feigten rasch an ihrer beschränkten politischen Perspektive vorbei.

Die keimende politische Revolution schwoll im Spät-



winter 1989 zu einer euphorischen Welle an. Die Bürokratie, altersschwach und gelähmt, konnte auf alte Art und Weise nicht mehr regieren und zerbröselte offensichtlich. Die Massen wurden dadurch vorangetrieben und hatten das Vertrauen in ihre Herrscher völlig verloren. Es gab ein Führungsvakuum, doch die Tatsache, daß in jenen Tagen ungetrübte Entschlossenheit und ein Sinn für soziale Gerechtigkeit alles andere überwog, sah man Anfang Januar in Berlin daran, daß eine Viertelmillion Menschen in den Treptower Park strömte, um gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren.

Daraufhin legte sich der deutsche Imperialismus ins Zeug, um das Vakuum auszufüllen und die potentiell revolutionäre Lage zum Entgleisen zu bringen: ein konzentrierter Feldzug im Eiltempo wurde gestartet – D-Mark-Propaganda, wirtschaftliche Sabotage und Panikmache. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 signalisierte die Konsolidierung der Konterrevolution.

Ohne eine *leninistische Avantgardepartei*, die für ein Programm des revolutionären Internationalismus gekämpft hätte, konnte die im Entstehen begriffene politische Revolution nicht erfolgreich sein: letztendlich hätten entweder die Arbeiter die Macht übernehmen müssen, oder die kapitalistische Konterrevolution mußte aufsteigen. Die Alternative war kraß gestellt: entweder ein Deutschland von Arbeiterräten zu errichten und die korrupte, nationalistische stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, oder bei lebendigem Leibe gefressen zu werden – von den Imperialisten, die die schreckliche Verelendung und Ausbeutung der Arbeiter in der DDR und darüber hinaus im Schilde führten. Das entscheidende Element, das in der DDR fehlte, war weiterhin die Avantgarderolle der Arbeiterklasse.

Die Internationale Kommunistische Liga war die einzige Tendenz, die tatsächlich mit allen Mitteln gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands kämpfte. Wir warnten vor dem reißenden Strom imperialistischer Lügen und sahen voraus, daß es Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf Frauen und eingewanderte Arbeiter sowie das Anwachsen faschistischer Kräfte geben würde. Zu den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 führte die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands eine Kampagne unter der Losung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung – für ein Arbeiterräte-Deutschland!“ Unser Manifest zum Wahlkampf erklärte:

„Der Stalinismus hat seinen Bankrott kläglich unter Beweis gestellt. Aber niemand hat das Recht, das durch Millionen Geschaffene an das Kapital auszuliefern! Wir müssen unsere gesellschaftlichen Errungenschaften und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Wir haben viel zu verlieren und alles zu gewinnen! ... Heute kann ein entschlossener Kampf der Arbeiter in der DDR der Funke sein für BRD-Arbeiter, die Angriffe der Bosse zurückzuschlagen und den Weg zu eröffnen für wirklichen Klassenkampf, um die Macht: *soziale Revolution* im Westen.“

Obwohl der kapitalistische Anschluß eine bittere Niederlage für das internationale Proletariat war, ist der Kampf in Deutschland nicht vorbei. Aktionen im Klassenkampf gegen die rasant steigende Massenarbeitslosigkeit könnten auf lokaler Ebene explodieren, so daß entschlossene Arbeiter ihre Macht den herrschenden Mächten entgegenstellen könnten. Doch das entscheidende Schlachtfeld ist die Sowjetunion, wo wirtschaftliches Chaos, nationalistischer Groll und kapitalistisch-restaurative Kräfte – angestiftet von der Gorbatschowschen Bürokratie mit ihren Plänen, wirtschaftliche Probleme durch die Wiedereinführung des Privateigentums und der kapitalistischen

Ausbeutung zu „lösen“ – die weitere Existenz dieses degenerierten Arbeiterstaats gefährden.

## Für internationale sozialistische Revolution!

Christa Wolfs literarisches Schaffen sprach das zutiefst empfundene Streben der DDR-Massen nach Sozialismus an sowie die Krise der Erwartungen, als diese Hoffnungen in weite Ferne rückten:

„Da aber die Zukunft immer vor uns hergeschoben wurde, da wir sahen, sie ist nichts weiter als die Verlängerung der Zeit, die mit uns vergeht, und erreichen kann man sie nicht – da mußte eines Tages die Frage entstehen: *Wie* werden wir sein? *Was* werden wir haben?“

Obwohl zum Innehalten die Zeit nicht ist, wird einmal keine Zeit mehr sein, wenn man jetzt nicht innehält. Lebst du jetzt, wirklich? In diesem Augenblick, ganz und gar?

Wann, wenn nicht jetzt?“

Christa Wolf zeigte eine zunehmende Abneigung gegen die unkritischen Mietlinge des Regimes; stur ließen die sich von der Kluft zwischen den großen Dingen, die man für „die Zukunft“ versprach, und der Wirklichkeit andererseits nicht beeindrucken. Wolf wollte, daß sich ihre Gesellschaft wenigstens in die Richtung der Realisierung dessen bewegte, was da versprochen worden war. Aber „Sozialismus in einem Land“ ist ein stalinistischer Wunschtraum in einer Welt, die letztendlich vom Imperialismus beherrscht wird: imperialistischer Militarismus und kapitalistischer Weltmarkt üben erbärmungslosen Druck auf die Gesellschaftsordnung derjenigen Länder aus, wo die bürgerliche Herrschaft gestürzt wurde. Trotz großartiger Errungenschaften war die DDR auf halbem Wege zwischen kapitalistischer Tyrannei und Sozialismus steckengeblieben. Wenn die Arbeiterklasse den Imperialismus vom Erdball einmal weggefegt hat, so wird die Basis für eine neue sozialistische Kultur gelegt worden sein. Diese Kultur wird die künstlerischen Errungenschaften vergangener Gesellschaften in den Schatten stellen und völlig neue zwischenmenschliche Beziehungen schaffen. Dem Aufbau dieser Welt haben wir uns verschrieben in der Internationalen Kommunistischen Liga.

Übersetzt aus *Women and Revolution* Nr. 39, Sommer 1991

### NEU!

Nr. 39, Sommer 1991  
DM 2,- (40 Seiten)

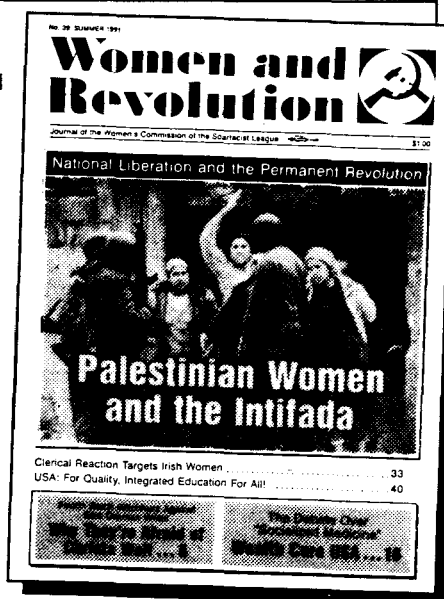
Englische Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

Nr. 39 enthält:  
Hexenjagd des Vierten Reichs auf ostdeutsche Schriftstellerin

Warum sie Angst haben vor Christa Wolf

Abonniert:  
3 Nummern DM 7,-  
Luftpost DM 10,-

Bestellt bei: SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51



# Revolutionäre Arbeiterpartei...

Fortsetzung von Seite 2

platze auch der stalinistische Wunschtraum des „Sozialismus in einem Land“. Für die Arbeiter brachte die Wiedervereinigung keine „schnelle D-Mark“, sondern Massenarbeitslosigkeit, eine tollwütige Hexenjagd, aufsteigenden Rassismus und Nazi/Skinhead-Terror, ein draconisches „Abschiebengesetz“ gegen Immigranten und das größte Rollback von Frauenrechten in der modernen europäischen Geschichte. Die SpAD ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat; wir sahen die Übel vor-



Frank Rogner/Netzhaut

## Auch Ruhr-Kumpel kämpfen um Ihre Existenz: Revolutionäre Führung im Klassenkampf, Ost und West!

aus, die sie bringen würde. Während alle anderen „Linken“ auf dem Bauch kriechen und lamentieren, intervenieren wir wo wir können, um die Arbeiter gegen die kapitalistische Offensive zu mobilisieren.

- Frauen wurden als erste und am härtesten von der Konterrevolution in der DDR getroffen. Kinderbetreuungspersonal und Mütter sowie Frauen, die gegen einen großdeutschen Paragraph 218 sind, gehören zu den ersten, die sich wehrten. Doch als am 28. Juni eine Spartakist-Sprecherin bei einer ÖTV-Demo in Berlin gegen den Krankenhaus-Abbau sprechen wollte, versuchten die Bürokraten, sie zum Schweigen zu bringen. Arbeiter: Kämpft für die Rechte der Frauen!

- Die SpAD-Genossen gingen nach Zwickau, als die Arbeiter im Juni ihren Betrieb besetzten, und wir kämpf-

ten dafür, die Besetzung auf VW im Westen auszuweiten. So können wir gewinnen – und nicht durch bedeutungslose Höflichkeitsbesuche, wie sie die IGM-Bonzen organisieren. Eine revolutionäre Führung würde nicht zögern, ganz Volkswagen dichtzumachen und die Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat durchzustehen. Die Treuhand-„Sanierer“, Planierer und Jobkiller würden fliegen – und ihre Schoßhunde von Betriebsräten mit!

- Im mächtigen Industriebezirk Berlin-Schöneeweide wird bei KWO, WF und TRO noch gearbeitet, aber Massenentlassungen stehen an. Die SPD-Bürokraten und Betriebsräte, kräftig assistiert von ihren PDS-Kopien, haben die Stimmung auf Null gebracht, doch das würde sich schnell ändern, wenn Delegationen aus anderen Betrieben die Kollegen aufforderten mitzustreiken! Viele Arbeiter dort kennen die Spartakisten und suchen eine revolutionäre Alternative. Wir dürfen nicht warten, bis wir vor dem geschlossenen Betriebstor stehen! Jetzt holen die Treuhand-Geier zum Schlag aus gegen die schweren Arbeiterbataillone in der Chemie: Leuna, Buna, Bitterfeld, Wolfen. Unter den 80 000 Arbeitern dort brodeln die Wut über die ständigen Stilllegungsdrohungen. Die Arbeiter müssen die Spielregeln der Bosse über Bord werfen, *nur dann* können wir gewinnen.

- Die SpAD hat unablässig gegen die Hexenjagd auf die PDS gekämpft, die letztendlich die ganze Arbeiterklasse einschüchtern soll. Doch Modrow/Gysi lieferten dem Vierten Reich zuerst die Bücher aus, das PDS-Parteieigentum und dann ihre Schatzmeister. Heute wird auch noch, wie unter den Nazis, das Karl-Liebknecht-Haus beschlagnahmt. Die PDS kann nicht einmal Klopapier kaufen, ohne die Treuhand anzubetteln. Nun greift die Treuhand nach *Neues Deutschland* und damit nach dem bürgerlich-demokratischen Recht der Pressefreiheit. Was wird morgen gleichgeschaltet? Dieser bedrohliche Griff nach „Polizeistaatsmaßnahmen“ muß durch die organisierte Arbeiterbewegung zurückgeschlagen werden!

- Jeden Tag gibt es eine neue Meldung über blutige Überfälle von Nazis/Skinheads auf Immigranten und sowjetische Soldaten und ihre Familien. Wir haben immer für Arbeiter/Immigranten-Selbstverteidigungsgruppen gekämpft, um diese Angriffe zu stoppen. Als das schwullesbische Fest am 25. Mai in Berlin-Mahlsdorf angegriffen wurde, kämpften wir dafür, daß ÖTV, IG Metall und Reichsbahner, eingewanderte Arbeiter und linke Parteien zu der Protestdemonstration am 7. Juni mitmobilisieren. Unser Banner forderte: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“ Dabei ist der gemeinsame Kampf von deutschen und eingewanderten Arbeitern ein Schlüssel. Die SPD-Irreführer sabotieren antifaschistische Mobilisierungen, und dann tun sie sehr empört, daß der kapitalistische Staat die Faschisten nicht „verbietet“. Den PDS-Bankrotteuren fällt in der selbstmörderischen Tradition des Hitler-Stalin-Pakts nur der Wunsch ein nach „Diskussionen“ mit den Nazi/Skinhead-Terroristen. Nicht Straßenfeste, wie sie das pseudolinke Grüppchen SAG will, auch nicht Scharmützel mit den Nazis und der die Nazis beschützenden Polizei, die nichts entscheiden, sondern nur entschlossene Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, bei wesentlicher Beteiligung starker Bataillone von IG Metall, IG Chemie und ÖTV, werden die Nazis/Skinheads stoppen können.

## Für proletarischen Internationalismus!

Es ist das revanchistische Programm des wiedererstarkten deutschen Imperialismus selbst, das Nazis, wie die Republikaner und ihre Skinhead-Schläger in den Fußstapfen der SA, fördert – Bonns „irreguläre Truppen“ in

### Spartakist-Veranstaltung in Hamburg

#### Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen

mit Videovorführung

„Wir stoppten den Ku Klux Klan in Philadelphia“

Sonnabend, 27. Juli, 15.00 Uhr

Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31

2000 Hamburg 36 (U-Bahnhof Feldstraße)

Telefon (0 40) 32 36 44

Reserve. 1985 rehabilitierten Kohl und Reagan die SS-Massenmörder in Bitburg, und heute werden die Nazis u. a. in den KZ-Gedenkstätten zu „Opfern der Gewalt“ umgemünzt. Sogar das Andenken an die 92 000 im KZ Ravensbrück ermordeten Frauen sollte obszönerweise unter einem Supermarkt begraben werden. Kein Zufall, daß in der „neuen“ Reichshauptstadt nun Eisernes Kreuz und Preußischer Adler das Brandenburger Tor schmücken.

Von vier D-Mark pumpt Bonn jetzt eine in den Osten, um eine Explosion von Klassenkämpfen abzuwenden; in Bonn sprechen SPD und FDP hämisch vom „Staatsbankrott“, und Kohl wackelt. Doch wenn die SPD an die Regierung kommt, halt den Geldbeutel fest! Sie bietet sich an als der bessere Partner für die Treuhand und für die Millionärspartei FDP mit ihren Oberstreichern Möllemann und Lambsdorff. Die massiven Steuererhöhungen im Jahr, der Abbau von Sozialleistungen, die Massenentlassungen bei Werften, Bergwerken und Metall sind erst der Anfang. Möllemanns Streichliste von 33,3 Milliarden Mark an staatlichen Subventionen kritisieren Bonner SPD-Wirtschafts„experten“ nur, weil sie um zwei Drittel frisiert war. Im Klartext: Ein Gespann von Engholm/Lambsdorff würde die Arbeiter richtig schröpfen!

Die Ereignisse des letzten Jahres haben die Welt in eine neue Periode gebracht: die sich verschärfenden Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten erinnern an die Lage vor 1914. Für die Revanchisten geht es darum, die am Boden liegende Sowjetunion zu zerfleischen. Bonn möchte mit der D-Mark das erreichen, woran Hitler mit den Panzern gescheitert ist. (Auf jeden Fall bauen sie wieder Autobahnen.) Doch hinter der Deutschen Bank stehen schon die „schnellen Eingreiftruppen“ einer waffenstarrten Gewalt. Die Schmiede heißt heute Daimler. Bonns Absichten, die ostdeutsche Arbeiterklasse zu zerstören, gehen einher mit dem Zwang, zur Ausplünderung Osteuropas schließlich militärisch zu intervenieren. Das entsetzliche kapitalistische System kann nur Elend, Terror und die Gefahr eines nuklearen Holocaust hervorbringen. So wird jede wichtige Arbeiteraktion zu einem politischen Kampf, der es notwendig macht, die SPD/DGB-Verräter rauszuwerfen und eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Solch eine Arbeiterpartei kämpft für eine Regierung von Arbeiterräten, die die Kapitalisten enteignet; und sie steht auf dem Boden der kämpfenden Einheit mit den polnischen und sowjetischen Arbeitern. Den Kampf gegen die Massenverarmung der Werktätigen in der Sowjetunion und in Osteuropa und gegen den Sturm von rassistischen Angriffen auf Immigranten im Westen verbinden wir mit dem Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

## Viertes Reich schiebt ab NATO/Özal ermorden Kurden

Am 5. Juli wurde Vedat Aydin, Vorsitzender der kurdischen Volkspartei der Arbeit (HEP) in Diyarbakir vor den Augen seiner Ehefrau von als Polizisten verkleideten Männern abgeführt, danach gefoltert und ermordet. Die Täter gehören zur berüchtigten Todesschwadron „Kontra-Guerilla“, türkischer Ableger der NATO-Geheimdienstorganisation „Gladio“, ausgebildet von der deutschen GSG-9.

Am 10. Juli nahmen mehr als 25 000 Menschen in Diyarbakir an der Trauerfeier für Aydin teil. Es war die größte Demonstration in der Geschichte Türkisch-Kurdistan. Mit beispielloser Brutalität überfielen Sondereinheiten der türkischen Armee und der Polizei die Beerdigung: mehrere Tote, über 80 Verletzte und Hunderte Verhaftete. Auch in den Industriestädten der Türkei herrscht Özals Terror. Bei einer Razzia am 14. Juli in Istanbul gegen Mitglieder von Devrimci Sol wurden zehn Menschen ermordet.

Im deutschen Reich werden PKK, Dev Sol und andere kurdische und türkische Linke verfolgt. Die Innenminister Stoiber (CSU) bis Schnoor (SPD), die mit dem neuen rassistischen Abschiebungsgesetz ans Werk gehen, drohen Zehntausende Kurden in die Folterkammern ihres NATO-Verbündeten abzuschicken. Gleichzeitig bereiten USA/NATO eine 5000 Mann starke Schnelleingreiftruppe vor, die in Türkisch-Kurdistan an der irakischen und iranischen Grenze stationiert und vom NATO-Stützpunkt Incirlik unterstützt werden soll. Jetzt besucht Bush Özal, um seine „Neue Weltordnung“, deren Grundstein der US/NATO-Massenmord in Irak war, weiter aufzubauen.

Die kämpferischen türkischen und kurdischen Werktätigen sind ungebeugt. Und hierzulande sind die kurdischen und türkischen Arbeiter ein strategischer Teil des starken westdeutschen Proletariats. Freiheit für die PKK und alle kurdischen und türkischen Linken! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! UN/NATO-Truppen, raus aus dem Nahen Osten! Dringend notwendig ist eine internationalistische revolutionäre Arbeiterpartei. Für Arbeiterrevolution — Stürzt das Özal-Terrorregime! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan als Teil einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens!

## Wozu PDS...

Fortsetzung von Seite 24

Werbefroschüre *Wer ist das, die PDS?* Kommunisten können wenig anfangen mit einer Partei, die meint, daß „Revolutionen alten Verständnisses, die an Macht und Gewalt gebunden sind, abzulehnen“ sind. Eine solche Partei steht der Gewalt des imperialistischen Staats — vom bürgerkriegsartigen Polizeieinsatz in der Mainzer Straße in Ostberlin bis zum Massenmord des US/NATO-Kriegs gegen den Irak — politisch wehrlos gegenüber. Und nicht nur das. Der PDS-Vorstand fährt fort: Kapitalismuskritik heiße „nicht, die bürgerliche Gesellschaft fundamental abzulehnen“, und auch mit dem „Sturz der Kapitalistenklasse“ funktioniere es nicht. Angesagt sei eine „konsequente Demokratisierung Deutschlands“, und

zwar „gemäß dem Grundgesetz“. So wie das kapitalistische Westdeutschland die DDR durch Anschluß unter Artikel 23 des Grundgesetzes „demokratisiert“ hat?

Hinter den Schwierigkeiten der PDS, sich zu „profilieren“, zu „positionieren“ und „politikfähig“ zu werden, steht die Tatsache, daß es für eine zweite sozialdemokratische Partei im Vierten Reich des deutschen Imperialismus keinen Platz gibt. Dies haben wir öfters gesagt, besonders als wir die PDS wiederholt gegen die Enteignungskampagne der Treuhand verteidigt haben. Das ist keine leere Formel, sondern ergibt sich aus dem Wesen der Sozialdemokratie im imperialistischen Zeitalter, und es hat ganz konkrete Konsequenzen. Schon im März 1919 schrieb Leo Trotzki im Manifest der Kommunistischen Internationale, daß die Sozialdemokratie „sich in untätige Fortgesetzt auf Seite 20

## Wozu PDS...

Fortsetzung von Seite 19

Organe des bürgerlichen Staates“ gewandelt hat. Damals bestätigte sich diese These: als des Kaisers treue Sozialchauvinisten die Kriegskredite bewilligten und die Kriegshysterie anheizten; mit dem Verrat der Regierungssozialisten, die im November 1918 die deutsche Revolution auf parlamentarische Abwege leiteten, um sie im Januar 1919 blutig niederzumetzeln; mit der vom „Unabhängigen“ Sozial-„Pazifisten“ Karl Kautsky geführten Hetzkampagne gegen die junge Sowjetmacht.

Acht Jahrzehnte später haben wir Spartakisten in unserem Aufruf zur Treptower Kundgebung vom 3. Januar 1990 die Sozialdemokratie als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“ bezeichnet. Es war nicht ganz so populär, diese Wahrheit auszusprechen. Aber tatsächlich war die SPD der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung, genau wie wir es gesagt hatten. Sie war es, die zuerst den schnellen Anschluß durch Währungsunion vorschlug, der dann von Kohl realisiert wurde. Die SPD hat wiederholt versucht, die PDS zu vernichten – durch die Treuhand (Beschlagnahme von Parteigeldern und jetzt PDS-Objekten), 5-Prozent-Wahlsperre, Berliner Polizei (nächtliche Überfälle auf die PDS-Zentrale, Verhaftung der Kassierer), was auch immer. Die PDS, obwohl sie sich die Politik Kautskys und Bernsteins zueigen gemacht hat, ist trotzdem ein Überbleibsel des einstigen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats, die nach den Plänen der Wiedervereiniger vernichtet werden muß, um jede Erinnerung an die DDR auszumerzen.

Auf dem Parteitag gab es die wiederholte Aufforderung an die PDS, das Handtuch zu werfen. Ein Brief von einem Sozialdemokraten riet zu „einer planmäßigen Selbstaflösung der PDS“, um SPD und Grüne anzureichern. Neues Forum empfahl das gleiche, zugunsten der „Glaubwürdigkeit“ und „politischen Moral“. Ähnlich Jutta Dittfurths Öko-Linke, die behauptet, „als lebender Leichnam nimmt ihr Verwesungsgeruch allen Linken die freie Atmung und bindet die Aktivität jeder oppositionellen Bewegung“. Und weshalb? Wegen der „immer wieder notwendig werdenden Auseinandersetzung“ mit der SED- und DDR-Vergangenheit.

Nicht nur extern, auch innerhalb der PDS gibt es eine solche Stimmung, verkörpert besonders in der „Strömung“, die von der Dresdner DADA-Konferenz ausgegangen ist. Laut „Strömung“: „Solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die PDS als alte SED im neuen Gewand sieht, können wir noch so gute Vorschläge zu den drängenden sozialen Problemen machen – sie werden sich nicht in politischer Mobilisierungsfähigkeit und Unterstützung der Partei bei Wahlen umsetzen lassen.“ Hier zeigt sich deutlich, wie der Druck der Bourgeoisie übertragen wird auf PDS-Mitglieder, die „Realpolitik“ machen wollen. Diese „konsequenten Erneuerer“ fordern nicht Aufbruch, sondern Zusammenbruch.

Die Parteileitung leistet aber keinen nennenswerten Widerstand, sie versucht statt dessen, die Hexenjäger zu beschwichtigen. Als am Tag nach dem Parteitag die Beschlagnahme von PDS-Immobilien verkündet wurde, stellte der Vorstand fest, „daß die Treuhandanstalt von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche versucht, die Schlinge enger zu ziehen in der Hoffnung, über das wirtschaftliche Aus der PDS auch das politische Aus zu erreichen“, um dann *bauchkriecherisch* von einer möglichen „Verständigung“ zu sprechen: die Partei sei bereit, eine „Vielzahl“ der Gebäude abzugeben! Wie ist diese merkwürdige Tatsache zu verstehen, daß eine Partei, die sich sozialistisch nennt, einen ganzen Arbeiterstaat aus-

verkauft, dann Parteikasse und Kassierer ausliefert, daß jetzt sogar das Karl-Liebknecht-Haus und *Neues Deutschland* enteignet werden sollen – und die PDS legt die Schlinge um den eigenen Hals, während sie dem Henker eine Verständigung anbietet?

Als die Treuhand Anfang Oktober die Kontrolle über die Finanzen und Bücher der PDS und aller Parteien und Arbeiterorganisationen verlangte, gab die SpAD einen „Offenen Brief“ (12. Juli) heraus, der alle linken und proletarischen Organisationen „zu demonstrativer, massenhafter Zurückweisung dieses Gesetzes“ aufrief. Aber die PDS-Führung gab klein bei. Jetzt gibt es eine hysterische Hexenjagd auf die „Militärorganisation“ der DKP, die in Zusammenarbeit mit dem MfS und der NVA Ausbildungslager in der DDR organisiert haben soll. Als „Anführer“ wurde der Altkommunist Harry Schmidt, der schon 1936 im Spanischen Bürgerkrieg und 1956 gegen das KPD-Verbot gekämpft hat, ins Gefängnis geworfen. Gregor Gysi fiel in den Chor der Hexenjäger ein und demonstrierte seine bodenlose Loyalität zum Vierten Reich. Er denunzierte die DKP, weil sie „gegen den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag und das Helsinki-Abkommen verstoßen“ habe. Wir fordern: Schluß mit der Hexenjagd! Sofortige Freilassung von Harry Schmidt!

*Die allseitige politische Paralyse der PDS, ihre Bereitschaft, alle Errungenschaften preiszugeben, erklärt sich daraus, daß Gysi und seine Anhänger dieselbe Prämisse teilen wie die sonstigen Reformisten. So machen sie bei der Konterrevolution mit, wenn auch nur zögernd, weil es tatsächlich ihr eigenes Aus bedeutet.* Kein Wunder also, wenn diese Partei nicht imstande ist, ein umfassendes Programm auszuarbeiten. Und während die PDS eine Partei ohne Programm ist, hat die Kommunistische Plattform nicht einmal eine Plattform erarbeitet. Ihr eigentliches Programm geht über ihren Namen nicht hinaus, d. h. die Berufung auf den Kommunismus. Aber dahinter steht keine revolutionäre Politik, und gewiß kein Kommunismus, wie er von Lenin und Trotzki verstanden wurde. In der Tat predigt sie eine leicht nach links verschobene Version desselben kautskyanischen Wischiwaschis wie Gysi.

Sicherlich beschwerten sich die Genossen der Komm-Platt, die Vorstandsbrochure *Wer ist das, die PDS?* gebe eine Reihe von Thesen als Grundkonsens aus, worüber es keine „Einigkeit“ gibt, ein Vorgriff auf eine „mögliche sozialreformistische Entwicklung der PDS“. Aber schauen wir uns das genauer an. Nicht einverstanden erklärt sie sich mit der These „einer konsequenten Demokratisierung der Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage“ (Antrag an die 2. Tagung des Parteitags). Aber in ihren „Antithesen zur Programmdiskussion“ behauptet sie: „In Deutschland sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung bzw. durch ihre Veränderung mit verfassungsmäßigen Mitteln zu erreichen.“ Viermal in einem einzigen Absatz pocht sie auf den „friedlichen und verfassungsmäßigen Charakter“ der Veränderungen, die sie bewerkstelligen wollen. Ein regelrechter Treueid auf den rechtlichen Rahmen der bürgerlichen Herrschaft.

Die Kommunistische Plattform erklärt, sie will eine Partei, die sich auf die „sozialdemokratischen, kommunistischen und anderen Traditionen der Arbeiterbewegung“ stützt, auch auf „soziale Utopien“. Nicht allzu unterschiedlich von der Konzeption des Leitungskerns um Gysi und André Brie, nur daß dieser die Sozialdemokratie „undifferenziert“ behandelt im Vergleich zur „differenzierten Abgrenzung“ zum Kommunismus. Und diese „Antithesen“ wurden als Beitrag zu einer eventuellen „Synthese“ der PDS-Mehrheit erdacht. Aber wie kann

man mit Kräften, die „Revolutionen alten Verständnisses“ ablehnen, den Konsens herstellen? Der Preis ist die deutliche Abgrenzung vom Leninismus, was die Komm-Platt pflichtgemäß erfüllt, indem sie eine Avantgardepartei (abgestempelt als „allwissende Vorhutpartei“) explizit ablehnt.

Alle wissen, bemerkte Heinz Marohn Anfang Juni in seinem Bericht an die 3. Bundeskonferenz der Komm-Platt, „daß die Zahl der Parteimitglieder, die den kommunistischen Positionen zustimmen, weit größer ist als die Zahl derer, die unmittelbar an der Arbeit der kommunistischen Plattform teilnehmen.“ Ja, das können wir bestätigen, auch daß es viele PDSler gibt, die erkennen, daß die fehlbezeichnete Plattform nichts mit dem echten Kommunismus gemein hat.

### Vom Stalinismus zum Kapitalismus: Schwanengesang der PDS

Als die Partei des Demokratischen Sozialismus aus dem Schoß der SED, dieser „staatstragenden“ Partei der absterbenden DDR, ins Leben gerufen wurde, wollte Gregor Gysi einen sogenannten „Dritten Weg“ zwischen dem „Realsozialismus“ und dem Kapitalismus gehen. Aber auf der 2. Tagung des 2. Parteitags hielt der PDS-Vorsitzende einen Lobgesang auf den Kapitalismus bundesdeutscher Prägung: „Im Vergleich der beiden gesellschaftlichen Systeme auf deutschem Boden hat sich das westdeutsche eindeutig als das überlegene erwiesen.“ Als ihre Vorteile zählt er „Effizienz“, „Weltoffenheit“, „Internationalisierung“, „Pluralität im geistigen und kulturellen Leben“, höheren „Lebensstandard für durchaus beachtliche Teile der Bevölkerung“ und „Fähigkeiten zur Konfliktlösung“ auf. Diese Einschätzung setzt er denjenigen entgegen, die sich in „einer fundamentalen Ablehnung der deutschen Wirklichkeit als Manchesterkapitalismus zurückgezogen“ haben.

Wofür steht diese PDS? Laut Gregor Gysi: „Die Umgestaltung der globalen kapitalistischen Produktionsweise mit dem Ziel, die Vorherrschaft des Kapitals und der Kapitalverwertung zu brechen, verlangt härtesten politischen Kampf.“ Das wird, fürwahr, ein schwieriger Kampf sein, die Vorherrschaft des Kapitals innerhalb des Kapitalismus zu brechen. So etwas ist niemals und nirgendwo, weder von Mensch noch Tier gesehen worden. Viel leichter als diese aberwitzige „Utopie kreativ“ wird es sein, durch sozialistische Revolution die Bourgeoisie zu stürzen und die Produzenten der Werte an die Macht zu bringen.

Diese hochpositive Wertung des Kapitalismus ist keine Eigentümlichkeit Gysis. Die „Thesen zur Programmatik“ der Historischen Kommission der PDS erklären pauschal, daß die „kapitalistischen Industriegesellschaften des Westens und die NATO“ im kalten Krieg „als Sieger hervorgegangen“ seien (*Neues Deutschland*, 22. Mai).

Alle Flügel der PDS haben sich von dieser vermeintlichen Überlegenheit des Kapitalismus überzeugt, um daraus das Scheitern der DDR zu erklären. Aber ist es tatsächlich so? Daß der westdeutsche Imperialismus wirtschaftlich viel stärker war, daß die große Zugkraft der westlichen Konsumgüter eine enorme Auswirkung auf die ostdeutsche Bevölkerung hatte, was zum „D-Mark-Anschluß“ führte, steht außer Zweifel. Auch, daß es während der 70er und 80er Jahre eine Verminderung des Wirtschaftswachstums in der DDR (auch in der Sowjetunion) gab und einen zunehmenden technischen Rückstand gegenüber dem Kapitalismus. Aber weshalb? Erklärt sich das aus einem fortschrittlichen Wesen des Kapitalismus, bedeutet der Zusammenbruch des Stalinismus das Scheitern des Sozialismus, der ein Produkt des Gegensatzes zwischen dem Fortschreiten der Produktiv-

kräfte und ihrer Hemmung durch die privaten Eigentumsverhältnisse ist? Dies scheinen PDSler zu glauben, die jetzt Zuflucht im Utopismus suchen, um ihr schwankendes Bekenntnis zum Sozialismus aufrecht zu halten.

Schauen wir die Tatsachen genauer an. Zuerst einmal ist offensichtlich, daß im deutsch-deutschen Vergleich die

The image shows two political posters side-by-side. The left poster is white with black text. At the top, it says "Alle wollen regieren" in a large, bold font, with "Wir nicht." underneath. At the bottom right, it says "LINKE LISTE PDS". The right poster is for the Spartakist group. It has a black header with "SPARTAKISTEN" in white. Below that, it says "Schließt euch dem Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakisten an!". The main headline is "Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!". There are several small black and white photographs of people. At the bottom, it says "WÄHLT SPARTAKIST!" in large, bold letters.

### Bundestagswahlen 1990: PDS kandidierte als loyale Opposition. Spartakisten kämpften für Arbeiterwiderstand

DDR an einem der kräftigsten Imperialismen der Welt gemessen wird. Verglichen mit der BRD verdiente ein Industriearbeiter in den USA mehr als ein Fünftel weniger, und er hat *seit 1972* einen ständigen *Rückgang* des Stundenlohns erlebt, der jetzt unterhalb des Niveaus von 1961 liegt. Wenn Ostberlin dicht an New York gelegen hätte, statt im Schatten Westberlins, wäre vielleicht nicht einmal die Mauer als (bürokratische) wirtschaftliche Verteidigungsmaßnahme der DDR notwendig gewesen. Und wenn Eisenach neben der Autostadt Detroit stünde, wären die Arbeitslosen massenweise vom Westen nach Osten über die Grenze geströmt! Und von der desolaten Lage der verwüsteten Industriegebiete Großbritanniens gar nicht zu sprechen, oder von den Milliarden Menschen in der „Dritten Welt“, für die Hunger, Seuchen und Elend der Alltag sind.

Es gibt auch Wirtschaftsbereiche, wo die BRD relativ rückständig war gegenüber der DDR, z. B. im Bankwesen. Die ostdeutsche Planwirtschaft war hochzentralisiert, es gab ein belegloses Banking, das fast 100prozentig auf EDV (elektronischer Datenverarbeitung) basierte, mit automatischen Schaltern sogar in Zschopau, während die Westbanken zum Teil noch mit Rechenmaschinenpapierstreifen arbeiten. „Ironischerweise hat das alte Ostzahlungsnetz vollkommen effizient funktioniert“, schreibt die Londoner *Financial Times* (17. Juli). Und obwohl das DDR-Telefonsystem aus den 30er Jahren stammte, liegt auch das westdeutsche analoge Netz weit hinter dem Weltmaßstab von digitalen Fernnetzen. Die wesentliche Frage lautet, *weshalb* das ostdeutsche Telefonnetz so rückständig war, während bei den Banken die DDR vorne lag. Der Grund ist derselbe wie für die Tatsache, daß höchstens 20 Prozent der DDR-Bürger ein Telefon hatten, und noch viel weniger unter Arbeiterfamilien, und eine hohe Prozentzahl von *allen* Telefonanrufen abgehört wurde: *der Stalinismus traute der Arbeiterklasse nicht, er fürchtete sie, wollte sie überwachen und unterdrücken.*

### Computer und Kommunismus

Oft wird in der PDS der Stalinismus mit „Überzentralisierung“ identifiziert und Planwirtschaft als „Kommando-  
Fortgesetzt auf Seite 22

## Wozu PDS...

Fortsetzung von Seite 21

wirtschaft“ abgetan. Aber an diesem Beispiel zeigt sich, wie das bürokratische Herrschaftssystem einer effizienten Zentralisierung und Planwirtschaft *entgegengestellt* war. Der Stalinismus war von Anfang an ein parasitärer Auswuchs des Arbeiterstaats, der seine proletarischen Fundamente unterminierte, indem er den revolutionären Internationalismus ablehnte, sogar verteufelte, und statt dessen ein langfristiges Zusammenleben mit der Weltbourgeoisie anstrebte und zu Hause eine autarke (nationalbegrenzte) Wirtschaft aufbaute. Diese Autarkie hat die einheimische Repression enorm gesteigert, denn wenn alles im eigenen Land produziert werden muß, mit rückständiger Technologie, dann muß intensiver und länger gearbeitet werden, um das Mehrprodukt zu erhöhen.

– Ein anderer Beweis für den reaktionären Inhalt des Stalinismus in bezug auf die Diktatur des Proletariats ist sein Versagen bei der Informatik. Nicht wenige imperialistische Ideologen schreiben den „Erfolg“ im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion der sogenannten Informationsrevolution zu. Wie der Kapitalismus die „Informationsrevolution“ anwendet, zeigte sich im Irak bei den sogenannten „intelligenten Bomben“, bei den Laser-gesteuerten Missiles und anderen High-Tech-Waffen der Massenzerstörung. *Es ist ein stalinistisches Verbrechen, daß die riesigen Vorteile des Computers dem Kapitalismus dienen statt der Planwirtschaft.*

Einer der häufigsten Vorwürfe gegen eine zentralisierte Planung ist, daß sie notwendigerweise zu Engpässen führt. Schlichter Unsinn. Man braucht nur ein System von materiellen Bilanzen zwischen den verschiedenen Industrien, um alles auszugleichen. Der russische Ökonom Wassili Leontief hat unter dem Namen „Input-Output-Analyse“ ein geniales System von Gleichungssystemen entwickelt, basierend auf dem spezialisierten Fach der Matrixmathematik, das diese Beziehungen für die ganze Nationalwirtschaft ausrechnen kann. Aber es wurde nicht von sowjetischen Nationalökonomem gebraucht, weil die Planwirtschaft damals als ultralinke Spinnerei mit dem Trotzkiismus gleichgestellt wurde.

Obwohl schon in den Westen ausgewandert, hat Leontief die Ansätze zur Input-Output-Analyse in seinem Artikel entwickelt: „Bilanz der Nationalwirtschaft der UdSSR: eine methodische Kritik der Arbeit des Zentralen Statistikamts“, der 1924 im *Weltwirtschaftlichen Archiv* erschien und dann im *Planowoje Chosjaistwo* ins Russische übersetzt wurde. Mitte der 30er Jahre wendete er dieses System auf die amerikanische Wirtschaft an. Aber in der Sowjetunion, so schreibt der britische Wirtschaftswissenschaftler P. J. D. Wiles, „ist der Kern auf steinigem Boden gefallen“ (*The Political Economy of Communism* [1962]): „Mit einer chronologisch leicht veränderten Reihenfolge“, führte er fort, „wäre Input-Output eine unbestreitbare russische Errungenschaft gewesen.“ Diese „chronologisch leicht veränderte Reihenfolge“ jedoch wäre nur mit dem Sieg der Linken Opposition in der Sowjetunion möglich gewesen.

### Linke Opposition: Planwirtschaft mit Arbeiterdemokratie

Damals wurde nämlich das Gosplan (das staatliche Planungskomitee) ständig des Trotzkiismus beschuldigt. Trotzki hatte seit Anfang der NEP dafür gekämpft, das Gosplan in eine Behörde mit den notwendigen Befugnissen umzuwandeln, um einen nationalen Plan zu verwalten. Dem hatte Lenin Ende Dezember 1922 zugestimmt, als Teil seines gemeinsamen Kampfes mit Trotzki gegen

Stalins Versuch, das staatliche Monopol des Außenhandels zu brechen. Lenins Brief über das Verleihen von gesetzgeberischen Funktionen an Gosplan wurde dann beim darauffolgenden 12. Kongreß der KPdSU von der Troika (Stalin, Sinowjew, Kamenjew) unterschlagen.

Als Trotzki später als Mitglied des Obersten Rats der Nationalwirtschaft und Leiter der Industrietechnischen Kommission des Gosplan 1926 den Bau des Staudamms am Dnjepr in der Ukraine vorschlug, hat Stalin dies abgelehnt mit dem Vergleich zu einem Bauern, der keine Kuh hat, aber mit seinen gesparten Kopeken ein Grammophon kaufen will. (Wenige Monate später wurde das „Dnjeprostroi“-Projekt dann doch hastig unternommen.) 1927 hat die Vereinigte Opposition den Entwurf des ersten Fünfjahresplans, der ein *rückläufiges* industrielles Wachstum (von 9 auf 4 Prozent jährlich) vorsah, kategorisch zurückgewiesen, da er „mit der Aufgabe der ‚Verwandlung des Rußland der NEP in ein sozialistisches Rußland‘ von Grund auf unvereinbar“ ist. Stalin nannte die Trotzkiisten damals „Superindustrialisierer“. Als die Bürokratie dann aber durch einen Getreidelieferstreik der Bauern hochschreckte, führte sie einen brutalen Umschwung durch.

Die stalinistische Bürokratie verfolgte also einen Zickzackkurs, indem sie zuerst die Großbauern beschwichtigen wollte, dann zurückschreckte vor der Gefahr der bevorstehenden Konterrevolution und eine äußerst chaotische Zwangsindustrialisierung und Zwangskollektivierung unternahm, mit riesigen Kosten an Menschenleben und Verschwendung von Ressourcen. Das waren die Folgen der Lüge vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“.

Eine vernünftige Planung hingegen, geführt durch echte Organe der Arbeiterdemokratie, durch Sowjets, hätte die Binsenwahrheit anerkannt: „Das Problem der Proportionen zwischen Elementen der Produktion und zwischen den Branchen der Wirtschaft bildet den wirklichen Kern der sozialistischen Wirtschaft“ (Trotzki, „Die Sowjetwirtschaft in Gefahr“, Oktober 1932). Aber in der stalinistischen Wirklichkeit war dies völlig unmöglich wegen der absoluten Unzuverlässigkeit der sowjetischen Statistiken. Es gibt einen bekannten Spruch im Computerwesen: Gibst du Müll rein, kommt Müll raus. In Stalins Rußland kam nur Müll aus dem Statistischen Amt, weil die schreckliche Wirklichkeit verhüllt werden mußte. Um dies den sowjetischen Statistikern beizubringen und ihnen die entsprechende „Disziplin“ einzuflößen, wurden die Resultate der 1937er Volkszählung verschwiegen und ihre Autoren erschossen.

Schon in der letztgenannten Schrift verwies Trotzki auf die Notwendigkeit der Einführung von einem Koeffizienten für Qualität als Korrektur der sonst irreführenden Statistiken. Alle sowjetischen Bürger sind mit dem Problem der niedrigen Qualität von Konsumgütern vertraut. Wie Trotzki damals meinte: „Man kann ein einzigartiges Gesetz der sowjetischen Industrie folgendermaßen formulieren: die Waren sind in der Regel schlechter, je näher sie an der Masse der Konsumenten sind.“ Es gab auch den Warenmangel und „Versorgungslücken“, die zum ständigen Schlangestehen führten. Und dann noch Preise, die in überhaupt keiner Beziehung zu den Produktionskosten standen: z. B. kostete in der DDR ein Jogging-Anzug so viel wie ein Kinderwagen, weil der Staat die Geburtenrate erhöhen wollte; oder ein Kassettenrecorder kostete viermal so viel wie im Westen, weil die staatlichen Planer den enormen „Sparüberhang“ aufsaugen wollten.

Bei westlichen Ökonomen werden solche Probleme als notwendige Auswirkung des Fehlens eines Marktes vor-

geführt. So auch bei den PDS-Spitzen. Die Thesen der Grundsatzkommission („Neu beginnen ...“) erkennen im Kapitalismus „Flexibilität“, die sie dem Privateigentum und dem „Markt mit seinen Regulierungsmechanismen und Triebkräften“ zuschreiben. Aber die Mißverhältnisse der DDR-Wirtschaft sind nicht der Planung zuzuschreiben, sondern *der Bevormundung durch eine willkürliche Bürokratie, die behauptet, besser zu wissen, was die Bevölkerung braucht, als die Werktätigen selber.* Und der Markt, mit seiner brutalen Vernichtung der Produktivkräfte (schaut nur die aktuelle Lage im DDR-Gebiet an!), ist nicht der einzige Regulierungsmechanismus oder die einzige Triebkraft der Wirtschaft. In seinem Meisterwerk *Verratene Revolution* (1936) hat Trotzki die *enge Verbindung von Qualität und Arbeiterdemokratie* unterstrichen:

„Die fortschrittliche Rolle der Sowjetbürokratie fällt zusammen mit jener Periode, in der die wichtigsten Elemente der kapitalistischen Technik in die Sowjetunion eingeführt wurden... Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich um den dreifachen Preis. Aber je weiter die Entwicklung voranschreitet, um so mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint geprägt vom grauen Stempel der Indifferenz. In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativfreiheit, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität.*“

Was das Sortiment von Produkten und Qualität angeht, ist auch dieses Problem längst gelöst – aber von den Kapitalisten *ohne Markt.* Die Mittel kann man auf unzähligen Produkten finden, die Strich-Codes, die über eine elektronische Kasse an die Betriebsleitung gehen, um sie über den Verkauf zu informieren, damit sie ihr Inventar wieder aufstocken kann, oder Kundenreaktionen auf neue Produkte bewerten usw. Solche Systeme werden von Großfirmen eingesetzt, deren Umsatz größer ist als das Gesamtsozialprodukt von vielen Staaten der Welt. Innerhalb dieser riesengroßen GmbHs und Holdings gibt es keine Konkurrenz: hier wird sorgfältig und massenhaft *geplant.* Aber nicht in demokratischer Weise, sondern aufgrund der Profitmaximierung. Wenn mehr Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung notwendig sind, wird dies nicht durch erweiterten Bau von Wohnhäusern gelöst, sondern zuerst durch in die Höhe schnellende Mieten, die dann durch Spekulanten noch höher getrieben werden, während Zehntausende auf die Straße geworfen werden wegen „unzureichender Zahlungsfähigkeit“.

### Die alte Scheiße

Wie wir schon vorher sagten, der Kapitalismus hat Armut, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, rassistische Hetze und faschistischen Terror mit sich gebracht. Aber wenn dem so ist, weshalb konnte die DDR dem imperialistischen Andrang nicht standhalten? Sollte die Antwort sein, wie ein Leipziger Transparent bei den Montagsdemos im April sagte, „Wir sind ein dummes Volk“? Es stimmt, daß es unter den Werktätigen massenhaft falsches Bewußtsein gab während des verzerrten Volksscheidens der DDR-Volkskammerwahlen März 1990. Aber der Verblendungseffekt von billigen und guten Waren ist kein Zufall.

Nach Stalins Konzept brauchte man nur eine starke militärische Verteidigung, um sich vom Einfluß des kapitalistischen Weltmarkts abzuriegeln, und damit konnte man ungestört den „Sozialismus in einem Land“ aufbauen.

Dieses Dogma hat aber mehr mit der „nationalsozialistischen“ Autarkie Hitlers als mit dem internationalistischen Sozialismus Lenins zu tun. In diesem Sinne war die Berliner Mauer und die ganze Stacheldrahtgrenze ein gesteigerter Ausdruck des stalinistischen Wahnsinns: mit einem „antifaschistischen Schutzwall“ könnte man den Sozialismus in einem *halben* Land aufbauen, ein „Arbeiter- und Mauernstaat“, wie der antikommunistische Witz sagt! Aber über Westfernsehen oder durch Intershops und Exquisitläden hat die Zugkraft der kapitalistischen Waren und der starken D-Mark diese Mauer durchstrahlt und schließlich zugrunde gerichtet. Wie es Leo Trotzki schon in *Verratene Revolution* ausdrückte:

„Die von Lenin formulierte Frage, ‚Wer wen?‘ ist die Frage nach dem Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und dem revolutionären Weltproletariat einerseits, den inneren feindlichen Kräften und dem Weltkapital andererseits... Eine militärische Intervention ist gefährlich. Eine Intervention billiger Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher. Der Sieg des Proletariats in einem der westlichen Länder würde natürlich das Kräfteverhältnis mit einem Schlag radikal verändern. Aber solange die UdSSR isoliert bleibt, schlimmer, solange das europäische Proletariat nur Niederlagen erleidet und zurückweicht, solange bemißt sich die Stärke des Sowjetsystems letztlich an der Arbeitsproduktivität, die sich im Rahmen der Warenwirtschaft in Kosten und Preisen ausdrückt.“

Dies ist keine „trozkistische“ Erfindung. Schon in seiner Frühschrift *Die deutsche Ideologie* (1845/1846) schrieb Karl Marx,

„andrerseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte ... Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker ‚auf einmal‘ und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.“

Genau wie Stefan Heyms mythische Dorfrepublik Schwarzenberg konnte die DDR sich auf Dauer nicht halten und wird die Sowjetunion sich isoliert nicht halten können. Stalin glaubte, man könnte der marxistischen Grundthese den Rücken kehren, daß der Sozialismus nur auf dem höchsten Niveau der Produktivkräfte aufgebaut werden kann. Und jetzt stecken wir in der alten Scheiße. Aus der Tatsache, daß im rückständigen Rußland die sozialistische Revolution nicht zu vollenden ist, folgern die Sozialdemokraten (unter ihnen jetzt auch viele PDSler), daß die Oktoberrevolution zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Trotzki und Lenin folgerten daraus, daß die Revolution unbedingt in die hochentwickelten imperialistischen Länder ausgeweitet werden mußte.

[WIRD FORTGESETZT]

Bestellt den Offenen Brief  
an PDS-Genossen vom 21. Juni,  
auch für Eure Freunde und Genossen:  
**„Es gibt keinen Dritten Weg! Wir stehen  
zum Kommunismus von Lenin und Trotzki!“**  
Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten und  
diskutiert mit uns! Jeden Donnerstag in Berlin:  
Linkstreiff, Weddingstraße 6 (U-Bahn Nauener Platz),  
und in Halle: Comcenter, Raum 30, Leninallee 70

# SPARTAKIST

## Nachgeburt des Stalinismus, Nachahmung der Sozialdemokratie

# Wozu PDS?

Im Anlauf zur 2. Tagung des 2. Parteitags der Partei des Demokratischen Sozialismus meinte PDS-Vorsitzender Gregor Gysi, daß ihre Mitglieder „an einem Scheideweg

### Eine Partei, die ihre Herkunft nicht mag und die keine Zukunft hat

stehen, weil das Politikverständnis dieser Partei, weil das Verständnis der Programmatik, weil das Verständnis der Bewertung der Geschichte, weil das Verständnis des Umgangs miteinander ... sehr, sehr unterschiedlich und differenziert geworden“ sei (*Neues Deutschland*, 12. Juni). Gysi drohte sogar mit seinem Rücktritt, wenn das Miteinander nicht besser ginge. Eine Zusammenfassung der Diskussion im Parteirat am Vorabend der Tagung berichtete über „Machtkämpfe, Querelen, Diffamierungen, Profilierungssucht“ im Parteivorstand, während, einer Auffassung nach, die PDS „anscheinend an ihren inneren (oft unausgesprochenen) Konflikten zu zerbrechen“ droht.

Daß die PDS in einer tiefen Krise steckt, bezweifelt niemand. Gysi sprach von einem „Bild der Zerrissenheit“. Leitmotiv der Diskussion war der Drang, nicht weiter als „Therapieverein“ zu fungieren, als „Abtreter der Nation“ und „Aussätzige“ im Bundestag behandelt zu werden, sondern endlich „Politikfähigkeit“ zu erzielen. Was das „solidarische Miteinander“ angeht, stimmte der Parteitag einem Antrag der AG ChristInnen zu, wonach „Vertrauenspersonen“ benannt werden sollen für alle Mandatsträger der PDS, die MfS-Beziehungen „nicht oder jetzt noch nicht öffentlich bekennen wollen“ (*Presse*, 28. Juni). Mit diesem ach so netten Angebot wird eine *interne Hexenjagd* inszeniert – im „vertraulichen“ Einklang mit staatlichen Richtern! –, um die Zuverlässigkeit der PDS dem bürgerlichen Staat gegenüber zu demonstrieren und den SPD-Hexenjägern zuvorzukommen.

Zum heißen Thema der Abtreibung hat sich der Parteitag schließlich für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 entschieden, obwohl, wie in jeder sozialdemokratischen Partei, die Frage noch offensteht, ob die *Parlamentsfraktion* der PDS/Linken Liste nicht doch für die Fristenlösung stimmen wird (natürlich ohne Zwangs-„beratung“ – diese soll es nur für „Noch-nicht-Stasibekennner“ geben). Diskussion und Abstimmung über das Parteiprogramm wurden auf einen 3. Parteitag vertagt.

### Scheideweg oder Sackgasse

Alles in allem wirkt Gysis „Scheideweg“-Spruch gar zu milde. Es trifft eher zu, was die Spartakist-Arbeiterpartei im „Offenen Brief an PDS-Genossen“ (21. Juni) schrieb: „Die PDS ist am Ende der Sackgasse angekom-

men.“ Das fortwährende Bangen und Ringen um die Existenzberechtigung der PDS bekräftigt unsere Feststellung. So verstehen es auch die vielen PDS-Genossen, die mit der SpAD ins Gespräch kommen und die nicht an einen mythischen „Dritten Weg“ zwischen Reformismus und Revolution glauben, sondern wie wir für echten Kommunismus kämpfen wollen. Der vorliegende Artikel richtet sich an diese Genossen, die eine revolutionäre Auseinandersetzung suchen mit der gescheiterten stalinistisch-bürokratischen Herrschaft, welche die Errungen-

### Schlagt die Hexenjagd zurück!



Spartakist

Zuerst verschenkte die PDS die DDR, dann die Parteikasse, dann ließ sie ihre Kassierer ins Gefängnis werfen. Jetzt werden die Partei und *Neues Deutschland* von Treuhand/SPD politisch kontrolliert. Es ist nicht zu spät: Sagt Nein!

schaften der Oktoberrevolution unterminiert hat, sowie mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie, die dem Roten Oktober immer feindlich gegenüberstand. Dabei wollen wir vor allem unterstreichen, daß es von Anfang an eine *leninistische* Opposition gegen den Stalinismus gab – den *Trotzkismus*.

Die PDS geht in die entgegengesetzte Richtung. „Radikale Absage an das Modell der ‚marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse‘“, verkündet ihre

*Fortgesetzt auf Seite 19*

Hexenjagd im Vierten Reich gegen DDR-Schriftsteller

Warum sie Angst haben vor Christa Wolf..... Seite 10